

## **WP-05**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

---

## **NRW – OFFEN, VIELFÄLTIG, MENSCHLICH**

### **1 Demokratie**

2 Demokratische Beteiligung ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Gesellschaft. Die  
3 Mitbestimmung und Teilhabe aller Einwohner\*innen Nordrhein-Westfalens, unabhängig  
4 von ökonomischer Lage, Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion oder anderen  
5 Merkmalen, ist grundlegender Bestandteil unserer Arbeit. Deshalb wollen wir sie als Basis  
6 unserer Demokratie stärken.

7 Wir setzen auf Selbstbestimmung und Freiheit. Unser Demokratieverständnis zielt auf eine  
8 pluralistische Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile gleich-  
9 berechtigt ihren Platz haben. Demokratie braucht selbstbestimmte Menschen, die ihre  
10 Lebensentwürfe und ihre politischen Überzeugungen auf dem Boden des Grundgesetzes  
11 selbstbewusst ausdrücken und sich zwischen Wahlterminen einbringen und einmischen  
12 wollen und können.

13 Deshalb ist es uns besonders wichtig, unsere Entscheidungen gemeinsam mit den Men-  
14 schen zu treffen – ihnen unsere Ideen zu erklären, ihre Vorstellungen zu hören und mit  
15 dem Wissen um ihre Wünsche und Bedürfnisse das Land weiterzuentwickeln.

### **16 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

17 Wir haben wichtige Entscheidungen immer in engem Schulterschluss mit den Betroffenen  
18 gefällt und sie zu Beteiligten gemacht – durch Runde Tische, Konferenzen, Onlinebeteili-  
19 gungen, Dialogtoure und durch viele Gespräche zu allen Gelegenheiten.

20 Wir haben auch die Strukturen unserer Demokratie gestärkt, um unser System zukunfts-  
21 fähig und lebendig zu erhalten. So haben wir die Stichwahl bei (Ober-)Bürgermeister-  
22 und Landratswahlen wieder eingeführt und diese Wahlen wieder mit den Wahlen zu den

23 Kommunalvertretungen zusammengelegt. Außerdem haben wir die Hürden für Bürgerbe-  
24 gehren und –gesenkt, um mehr direkte Demokratie zu ermöglichen. Für Volksbegehren  
25 auf Landesebene haben wir die Verfahren deutlich erleichtert.

## 26 **Wahlrecht/Neue Ideen für den Wahltag**

27 Die sinkende Wahlbeteiligung und die steigende Anzahl von nicht wahlberechtigten Ein-  
28 wohner\*innen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft machen aus unserer Sicht wei-  
29 tere Reformen des Wahlrechts nötig. Die zentrale Form der Beteiligung der Bürger\*innen  
30 an der Gestaltung unseres Landes ist und bleibt die Stimmabgabe am Wahltag.

31 Wir wollen daher das Kommunalwahlrecht weiter demokratisieren und Kumulieren (meh-  
32 rere Stimmen pro Kandidat\*in) und Panaschieren (Stimmenverteilung auf verschiedene  
33 Kandidat\*innen) ermöglichen. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass  
34 so die Abhängigkeit der Kandidat\*innen von Parteien sinkt, während die Einflussmöglich-  
35 keiten der Wähler\*innen auf das Personalangebot steigt.

36 Wir setzen uns trotz der 2016 im Landtag an CDU und FDP gescheiterten Verfassungs-  
37 reform weiterhin dafür ein, dass das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt  
38 wird. Auch Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, auf die Gestaltung der Gesellschaft  
39 und ihres Lebens politisch Einfluss zu nehmen.

40 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ausländer\*innen aus EU-Staaten das Landtagswahl-  
41 recht und Ausländer\*innen aus Nicht-EU-Staaten das kommunale Wahlrecht erhalten. Aus  
42 unserer Sicht wäre das ein entscheidender Beitrag zu einer gelingenden Integration.

43 Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass Frauen in den Parlamenten und kommunalen  
44 Selbstverwaltungsorganen gleichwertig repräsentiert sind. Deshalb werden wir die Um-  
45 setzungsmöglichkeiten einer sogenannten Parité-Regelung für die Aufstellung von Kandi-  
46 dat\*innen für die Landtags- und Kommunalwahlen prüfen. Aus unserer Sicht sind Quoten-  
47 regelungen, die eine paritätische Besetzung von Kandidatenlisten vorgeben, verfassungs-  
48 rechtlich geboten. Die faire und gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an unserer  
49 Demokratie muss endlich umgesetzt werden.

50 Wir wollen für den Landtag und die Landesverwaltung ein Lobby-Transparenzregister ein-  
51 führen, das auch die Finanzierung der jeweiligen Lobbygruppe transparent macht. Das  
52 Einholen externen Sachverständs ist zwar in der Gesetzgebung von großer Bedeutung,  
53 muss aber für die Bevölkerung nachvollziehbar sein.

## 54 **Mehr Transparenz im Bundesrat**

55 Das Abstimmungsverhalten der Bundesländer im Bundesrat ist für die Bürgerinnen und  
56 Bürger kaum nachvollziehbar. Wir wollen die Votes unseres Bundeslandes im Plenum und  
57 in den Ausschüssen einfach zugänglich transparent machen. Im Bundesrat werden wir eine  
58 Initiative ergreifen, die Abstimmungen und Verfahren insgesamt transparent zu machen.

## 59 **Bürgerbeteiligung und digitale Demokratie**

60 Demokratie ist mehr als wählen zu gehen. Wir stärken unsere repräsentative Demokra-  
61 tie, aber wir wollen auch niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, um alle  
62 Menschen in Nordrhein-Westfalen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

63 Wir setzen uns seit geraumer Zeit für Mitbestimmungsmöglichkeiten durch Volksinitiati-  
64 ven, Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene ein. Wir wollen diese Instru-  
65 mente attraktiver gestalten, indem wir u.a. das Zustimmungsquorum für Volksbegehren  
66 senken.

67 Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für eine aktive politische Partizipation  
68 nutzen. Bürgerbeteiligung und Informationsfreiheit sind für uns Grundpfeiler erfolgreicher  
69 Politik. Online und offline Beteiligungsprozesse bringen den Menschen die Landespolitik  
70 näher und sorgen Politikverdrossenheit vor.

71 Wir wollen eine neue Infrastruktur für mehr Mitsprachemöglichkeit. Wir wollen, dass die  
72 Landesverwaltung weiter für Bürgerbeteiligung qualifiziert wird, indem wir Politik und  
73 Verwaltung in die Lage versetzen, die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu beteiligen. In Zu-  
74 kunft sollen wichtige Projekte der Landesregierung stärker mit Bürgerbeteiligung erarbei-  
75 tet und umgesetzt werden. Das wollen wir in einer Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeits-  
76 beteiligung regeln. Den von den Bezirksregierungen entwickelten Leitfaden zur frühzei-  
77 tigen Beteiligung wollen wir weiter entwickeln und festlegen, wie Bürgerbeteiligung bei  
78 Infrastrukturvorhaben und Großprojekten umgesetzt werden kann.

79 Wir wollen die Kommunen bei ihren Angeboten, Bürger\*innen bei Entscheidungsprozessen  
80 einzubinden, unterstützen. Im Rahmen der Open.NRW-Strategie wollen wir den Kommu-  
81 nen für einen unbürokratischen und schnellen Austausch untereinander zur Seite stehen.  
82 Insbesondere die Open-Data-Kommunen in NRW können den anderen Kommunen ein Vor-  
83 bild sein. Dabei soll auch das Open.NRW-Portal genutzt werden können.

## 84 **Verwaltung im digitalen Zeitalter: Eine neue Kultur der Zusam-** 85 **menarbeit**

86 Die Digitalisierung bietet vielfältige Chancen für die Zusammenarbeit von Verwaltung und  
87 Bürger\*innen. Das E-Government-Gesetz NRW bringt für die Bürger\*innen mehr Service.  
88 Wir wollen seinen Geltungsbereich deshalb ausweiten und auch die Kommunen einbezie-  
89 hen. Wir wollen eine neue Verwaltungskultur im Sinne der Open-Government-Philosophie  
90 flächendeckend verankern.

91 Wir begleiten insbesondere die Kommunen bei der digitalen Transformation ihrer Ange-  
92 bote. Dabei unterstützen wir Angebote einer bürgernahen Verwaltung wie etwa neue For-  
93 men des Online-Bürgerservices und Online-Beteiligungsverfahren. Dadurch stärken wir  
94 die Kommunikation mit den Menschen und helfen, Verwaltungsabläufe besser zu struktu-  
95 rieren. Eine Verwaltung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und dabei  
96 die Entwicklungen der Digitalisierung nutzt, sorgt nicht nur für größere Zufriedenheit bei  
97 den Bürger\*innen, sondern auch für effizientere Arbeitsabläufe.

98 Ein ungehinderter Zugang zu öffentlichen Informationen ist für uns eine Grundvoraus-  
99 setzung, damit sich mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen bei Entscheidungsprozes-  
100 sen einbringen und am öffentlichen Leben teilhaben. Wir haben deshalb im Rahmen der  
101 Open-Government- Strategie das Portal Open.NRW eingerichtet, um die Daten landesei-  
102 gener Behörden für die Bürger\*innen zugänglich zu machen. Dabei gelten die Open-Data-  
103 Prinzipien, denen zufolge Daten gebündelt, maschinenlesbar, dauerhaft und kostenfrei be-  
104 reitgestellt werden.

105 Mit unserem Transparenzgesetz haben wir den ersten Schritt für einen Paradigmenwech-  
106 sel weg von der Holschuld der Bürger\*innen hin zu einer Bringschuld der Verwaltungen  
107 geschafft. Wir wollen seinen Geltungsbereich auch auf die Kommunen ausdehnen.

108 Auch zur Nutzung der digitalen Verwaltung und der Beteiligungsmöglichkeiten durch die  
109 Bürger\*innen ist schnelles, sicheres und freies Internet eine unbedingte Voraussetzung.  
110 Wir wollen dabei den Zugang zum Internet für alle Menschen sicherstellen, unabhängig  
111 von Alter, Bildung oder sozialem Status.

## 112 **Kommunales Ehrenamt/Demokratie wächst von unten**

113 Die Bereitschaft in der Bevölkerung, ein kommunales Ehrenamt wahrzunehmen, ist seit  
114 geraumer Zeit rückläufig. Die Arbeitsbelastung nimmt angesichts der immer komplexer  
115 werdenden Herausforderungen zu, während gleichzeitig ein solches Ehrenamt angesichts  
116 des Zeitaufwandes für viele Menschen im erwerbsfähigen Alter unattraktiv ist. Dies liegt  
117 beispielsweise auch an der Vereinbarkeit mit Familie und Beruf. Kommunalvertretungen  
118 setzen sich aber vermehrt aus Studierenden, Rentner\*innen sowie Mitarbeiter\*innen des  
119 öffentlichen Dienstes zusammen und bilden somit keinen Querschnitt der Bevölkerung  
120 ab.

121 Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken. An der Gestaltung der Lebensverhältnisse  
122 vor Ort sollten sich so viele Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen und mit den  
123 unterschiedlichsten persönlichen Erfahrungen wie möglich beteiligen.

124 Deshalb haben wir eine Ehrenamtskommission ins Leben gerufen und damit begonnen,  
125 ihre Ergebnisse umzusetzen. Wir haben die Aufwandsentschädigungen für kommunale  
126 Mandatsträger\*innen um 10 Prozent erhöht und zusätzliche Aufwandsentschädigungen  
127 für Ausschussvorsitzende eingeführt sowie die Regelungen zum Verdienstaufschlag landes-  
128 weit vereinheitlicht, um auch auf diesem Weg das besondere Engagement ehrenamtlicher  
129 Mandatsträger\*innen anzuerkennen.

130 Dies waren aber nur erste Schritte, um die kommunale Demokratie als Basis unseres demo-  
131 kratischen Systems zu stärken. Wir werden außerdem ein Rede- und Antragsrecht für Ver-  
132 treter\*innen der Jugendparlamente und der Seniorenbeiräte und Integrationsräte in den  
133 kommunalen Vertretungen einführen. Dadurch werden die Jugendparlamente und Beiräte  
134 gestärkt und ihre Arbeit noch besser mit den Kommunalparlamenten vernetzt.

135 Ob sich jemand engagiert, hängt auch eng mit den Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb  
136 der kommunalen Vertretung zusammen. Deshalb wollen wir kommunale Unternehmen  
137 wieder stärker an die Räte und Kreistage anbinden, um die Einflussmöglichkeiten der Mit-  
138 glieder der kommunalen Vertretungen zu stärken.

139 Auf Bundesebene wollen wir uns zudem für eine bessere steuerliche, renten- und sozi-  
140 alrechtliche Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit einsetzen und uns gleichzeitig für  
141 großzügigere Anrechnungsregelungen bei Bezieher\*innen von Transfereinkommen (ins-  
142 besondere SGB II und XII sowie BaföG) stark machen, um diesen Bevölkerungsgruppen  
143 den Zugang zum kommunalen Ehrenamt nicht zu erschweren.

144 Mit diesen Maßnahmen wollen wir unsere Kommunalvertretungen repräsentativer gestal-  
145 ten, ihre Arbeit für mehr Bevölkerungsgruppen öffnen und damit das Zusammenleben der  
146 Menschen in unseren Städten und Gemeinden verbessern.

## 147 **Demokratie – das wollen wir GRÜNE:**

- 148 • Das Wahlalter auf 16 absenken
- 149 • Das Wahlrecht ändern und Kumulieren und Panaschieren einführen
- 150 • Ein Lobbyregister etablieren
- 151 • Kommunales Ehrenamt stärken.

## 152 **Datenschutz**

153 Freiheit und Selbstbestimmung sind auch im digitalen Zeitalter die Richtschnur unseres  
154 politischen Handelns. Wir wollen keinen Überwachungsstaat. Deshalb lehnen wir nicht nur  
155 anlasslose Massenüberwachung durch staatliche Stellen ab, sondern schützen die Bürge-  
156 rinnen und Bürger auch vor dem Datenhunger übermächtiger Konzerne.

157 Die Digitalisierung ist in vielen Bereichen unseres Lebens mit immensen Chancen verbun-  
158 den, sie kennt aber gerade mit Blick auf den Schutz der Privatsphäre auch Schattenseiten.  
159 Die Snowden-Enthüllungen haben gezeigt, dass einige global operierende Geheimdiens-  
160 te außer Rand und Band geraten sind. Konzerne wie Google und Amazon verknüpfen die  
161 Daten ihrer Kundinnen und Kunden in immer umfangreicheren Profilen. Für Adresshänd-  
162 ler\*innen und Auskunftsteien steht der Score längst vor der Persönlichkeit. Bei Sozialen  
163 Netzwerken wie Facebook sind viele aus der analogen Zeit bekannte Schutzmechanismen  
164 de facto ausgehebelt. Wir werden uns auf allen Ebenen für einen zeitgemäßen Daten-  
165 schutz einsetzen, der Userinnen und Usern die Kontrolle über ihre Daten zurückgibt

## 166 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

167 Wir haben die Datenschutzaufsicht bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und In-  
168 formationsfreiheit (LDI) personell deutlich gestärkt. Dadurch können mehr Menschen da-  
169 bei unterstützt werden, zu ihrem Recht auf Schutz ihrer Privatsphäre zu kommen. Ebenso  
170 können mehr Betriebe dabei beraten werden, ihre Geschäftsprozesse mit Blick auf den  
171 Datenschutz zu optimieren und so die Daten ihrer Kund\*innen und Mitarbeiter\*innen zu  
172 schützen.

173 Die Datenschutzbeauftragte arbeitet heute in vollständiger Unabhängigkeit von der Lan-  
174 desregierung. Wir haben erfolgreich neue Konzepte und Maßnahmen entwickelt, um den  
175 Datenschutz für die Herausforderungen unserer Zeit aufzustellen, etwa die Landesdaten-  
176 schutzkonferenz und das Datenschutzsiegel-NRW. Mehr als je zuvor spielt die LDI nun auch  
177 bei der Förderung der Medienkompetenz eine Rolle. Dadurch fördern wir einen bewussten  
178 und verantwortungsvollen Umgang mit den eigenen Daten im Netz.

## 179 **Starker Datenschutz in NRW und Europa**

180 Wir wollen einen handlungsfähigen Datenschutz. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine star-  
181 ke Datenschutzaufsicht unerlässlich. Wir werden die Personalausstattung der Landesbe-  
182 auftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit auf einem hohen Niveau stabilisieren  
183 und wenn nötig ausweiten.

184 Die EU-Datenschutzgrundverordnung ist ein Erfolg für den Schutz der Privatsphäre, denn  
185 erstmals gelten nun hohe Standards für alle Menschen in ganz Europa. Die Reform be-  
186 dingt jedoch auch einen hohen Anpassungsbedarf im nationalen Recht. Wir werden uns  
187 auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume dazu genutzt  
188 werden, das Datenschutzniveau noch weiter anzuheben.

189 Wir wollen, dass NRW auf Bundesebene als Motor des Datenschutzes auftritt. Dabei setzen  
190 wir uns beispielsweise für eine Stärkung des Beschäftigtendatenschutzes ein. Wir kämpfen  
191 für klare Regeln beim Datenhandel. Wir wollen die Schutzklauseln für Verbraucher\*innen  
192 stärken und durch neue Transparenzregeln dafür Sorge tragen, dass sie auch zu ihrem  
193 Recht kommen. Verstöße gegen den Datenschutz wollen wir konsequent ahnden. Wenn  
194 Unternehmen bewusst oder durch Fahrlässigkeit die Daten ihrer Kund\*innen verlieren,  
195 sollen sie künftig zu Entschädigungsleistungen an die Kund\*innen verpflichtet werden  
196 können.

## 197 **Konsequenzen aus dem Geheimdienstskandal ziehen**

198 Durch den heldenhaften Einsatz Edward Snowdens wissen wir heute mehr über die Um-  
199 triebe außer Kontrolle geratener Geheimdienste. Wir GRÜNE streiten auf Bundes- und Eu-  
200 ropaebene dafür, diese Dienste wieder auf den Boden der Gesetze zurückzubringen und  
201 rechtsstaatlich einzuhegen.

202 Für uns in NRW ist die wichtigste Konsequenz aus dem globalen Geheimdienstskandal, die  
203 Datensicherheit im öffentlichen und privaten Bereich auszubauen. Die öffentliche IT hat  
204 hierbei eine Vorbildfunktion. Deshalb wollen wir den Einsatz von Verschlüsselungstechno-  
205 logien sowie von freier und offener Software in der Verwaltung stärken. Wir wollen bei der  
206 öffentlichen Vergabe prüfen, durch welche Regelungen die öffentliche Hand ihre Verträge  
207 über Hard- und Software bereits beim begründeten Verdacht einer sicherheitsrelevanten  
208 Kooperation des Herstellers mit fremden Nachrichtendiensten kündigen kann.

209 Wir wollen die Unternehmen in NRW darin unterstützen, die Daten ihrer Kund\*innen besser  
210 zu schützen und ihre Geschäftsgeheimnisse besser zu wahren. Dies ist jedoch keine Aufga-  
211 be des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz soll im Bereich der Spionageabwehr

212 auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden. Die bisher durch den Verfassungsschutz  
213 erbrachten Beratungsleistungen für die Wirtschaft sollen durch eine Stelle übernommen  
214 werden, die für Unternehmen leicht zugänglich und vertrauenswürdig ist.

## 215 **Vertrauliche Kommunikation für alle**

216 Für uns hat jeder Mensch ein Recht auf sichere und vertrauliche Kommunikation. Den Ru-  
217 fen nach Einschränkung von Verschlüsselungstechniken erteilen wir eine klare Absage.  
218 Verschlüsselung darf nicht durch Hintertüren in Soft- und Hardware abgeschwächt wer-  
219 den. Wir werden des Weiteren zusätzliche Aufklärung gewährleisten, wie Bürger\*innen  
220 ihre Kommunikation besser und umfänglich sichern können.

221 Forschung an sicherer Informationstechnologie und an Verschlüsselungstechniken wollen  
222 wir ausweiten. Im Rahmen der Medienkompetenzförderung soll das Thema Datenschutz  
223 weiter einen hohen Stellenwert einnehmen. Netzsperrern und Zensur stellen wir uns nach-  
224 drücklich entgegen.

225 Die Vorratsdatenspeicherung ist der Gesetz gewordene Generalverdacht und damit ein  
226 Angriff auf zentrale Werte des demokratischen Rechtsstaats. Wir haben die Vorratsdaten-  
227 speicherung bekämpft und lehnen alle Pläne für ihre sachliche oder zeitliche Ausweitung  
228 ab. Wir werden keine landesrechtlichen Korridore schaffen, mit denen Vorratsdaten ge-  
229 nutzt werden könnten. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist ein schwerwiegender  
230 Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung und bringt keinen Sicherheitsgewinn,  
231 sondern birgt die Gefahr des Missbrauchs. Neben der Vorratsdatenspeicherung für Tele-  
232 kommunikationsdaten lehnen wir auch eine Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten  
233 entschieden ab.

## 234 **Datenschutz – Das wollen wir GRÜNE**

- 235 • Eine starke Datenschutzaufsicht und hohe rechtliche Standards
- 236 • Der anlasslosen Massenüberwachung entgegentreten
- 237 • Vertrauenswürdige Kommunikation von Bürger\*innen und Unternehmen fördern.

## 238 **Innenpolitik und Öffentliche Sicherheit**

239 Im Mittelpunkt GRÜNER Innenpolitik stehen die Grund- und Freiheitsrechte der Bür-  
240 ger\*innen. Alle Menschen sollen frei und sicher leben, unabhängig davon, wer sie sind,  
241 woher sie kommen und wo sie sich aufhalten – ob zu Hause, im öffentlichen Raum oder  
242 im Internet.

243 Werden Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit ergriffen, müssen sie geeig-  
244 net, erforderlich und angemessen sein. Sie müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zu

den individuellen Freiheitsrechten stehen, die eingeschränkt werden. Wir stellen Sicherheit immer in den Dienst der Freiheit und sagen ehrlich: Hundertprozentige Sicherheit wird es niemals geben.

Deshalb setzt GRÜNE Sicherheitspolitik nicht erst bei der Strafverfolgung an, sondern steht für präventive und soziale Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität und zum Schutz der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen.

Die steigende Anzahl von menschenverachtenden Gewalttaten beobachten wir mit großer Sorge. Wir wissen, dass sich menschenverachtende Einstellungen und Gewalt gegenseitig bedingen und verstärken. Deshalb ist das Eintreten gegen jede Form von menschenverachtender Hetze auch ein Kampf gegen andere menschenfeindliche Einstellungen, wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus oder Antiziganismus. Dieser Entwicklung stellen wir uns mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

### **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

Die letzten Jahre waren geprägt durch neue Herausforderungen an unsere Sicherheits- und Ermittlungsbehörden. Anstelle von zum Teil geschichtsvergessener Symbolpolitik, wie der Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern und vorschneller Verschärfung von Sicherheitsgesetzen, setzen wir auf die Verhinderung von Kriminalität durch Ursachenbekämpfung und Prävention sowie personell ausreichend ausgestattete Behörden und eine gute Ausbildung der Mitarbeiter\*innen.

Deshalb haben wir unsere Polizei in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt, indem wir als einziges Bundesland die Einstellungszahlen deutlich erhöht haben. Wurden 2010 durch die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung lediglich 1.100 Kommissaranwärter\*innen eingestellt, haben wir diese Zahl von 1.400 im ersten rot-grünen Haushalt 2011 auf 2.000 angehende Polizist\*innen in 2017 erhöht.

Die besonderen Herausforderungen polizeilicher Arbeit erzeugen immer wieder auch Kritik an der Arbeitsweise einzelner Beamt\*innen. Daher haben wir in allen 47 Kreispolizeibehörden ein dezentrales Beschwerdemanagement sowie einen jährlichen landesweiten Beschwerdebericht eingeführt. Zudem haben wir eine individualisierte und anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizist\*innen eingeführt, um die Transparenz und Bürgernähe unserer Polizei zu erhöhen.

Seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wächst die Zahl der Personen im neosalafistischen Spektrum an. Repressive Maßnahmen gegen den gewaltbereiten Neosalafismus sind richtig. Im Bereich Prävention und Integration haben wir 13 Beratungsstellen „Wegweiser“ in den besonders betroffenen Kommunen eingerichtet, um gefährdete und betroffene Jugendliche und deren Umfeld ansprechen und betreuen zu können. Allerdings muss die Rolle der Ditib und anderer Moscheegemeinden neu definiert werden. Sie können maximal „Brückenbauer“ zu den Familien sein, nicht aber die Sozialarbeit im Hinblick auf die Aufklärungsarbeit übernehmen. Außerdem wurde beim Verfassungsschutz ein Aussteigerprogramm Islamismus eingerichtet.



284 Gerade vor dem Hintergrund der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen durch einen Parlamen-  
285 tarischen Untersuchungsausschuss im Landtag wollen wir alle repressiven staatlichen Mit-  
286 tel gegen rechtsextreme Strukturen nutzen. So unterstützen wir das NPD-Verbotsverfahren  
287 und haben bereits 2012 vier gewaltbereite Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen ver-  
288 boten. Außerdem wurde der Ermittlungsdruck auf die rechte Szene durch vier polizeiliche  
289 Sonderkommissionen in Wuppertal, Köln, Dortmund und Aachen und ein Kompetenzzen-  
290 trum im Landeskriminalamt verstärkt. Das Landeskriminalamt hat außerdem eine Task-  
291 Force zur Hasskriminalität im Internet eingerichtet.

292 Wir haben spezialisierte Opferberatungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt  
293 eingerichtet, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus gestärkt und die zivilgesell-  
294 schaftliche Aussteigerberatung NINA in die Landesförderung aufgenommen. Die Aktivi-  
295 täten der Landesregierung im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus wird zukünftig  
296 in einem integrierten Handlungskonzept aufeinander abgestimmt. Außerdem wurden die  
297 Stellen für das Programm „Schule ohne Rassismus“ durch das Ministerium für Schule und  
298 Weiterbildung aufgestockt. 2016 startete eine Ausschreibung zur Förderung kommunaler  
299 Konzepte gegen Rechtsextremismus.

## 300 **Polizei/Mehr Sicherheit durch starke Polizei**

301 Nur eine personell gut aufgestellte und hoch qualifizierte Polizei kann Straftaten aufklä-  
302 ren, Kriminalität wirksam bekämpfen und im Fall von Anschlägen und besonderen Gefah-  
303 renlagen wirksam reagieren. Da die Anforderungen an die Polizei stetig wachsen und die  
304 Pensionierungszahlen steigen, halten wir an der Stärkung unserer Polizei fest und werden  
305 auch in den kommenden Jahren auf einem hohen Niveau einstellen. Die Aufstellung einer  
306 Hilfspolizei lehnen wir ab.

307 Da die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens sehr vielfältig ist, muss die Bedeutung von Poli-  
308 zeibeamt\*innen mit Migrationshintergrund und ihrer besonderen Kompetenzen, wie ihren  
309 sprachlichen Fähigkeiten, bei der Personalauswahl berücksichtigt werden. Aktuell haben  
310 über 10 Prozent der angehenden Polizist\*innen eine Zuwanderungsgeschichte. Das ist eine  
311 sehr erfreuliche Entwicklung, die durch gezielte Anwerbung weiter verfolgt werden muss.  
312 Wir haben im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz außerdem eine Zielquote für Frauen in  
313 Führungspositionen eingeführt, die auch für die Polizei gilt.

314 Der zunehmenden Gewalt gegen unsere Beamt\*innen begegnen wir mit speziellen Ausbil-  
315 dungsbestandteilen, Fortbildungen und verbesserter Schutzausrüstung. Außerdem haben  
316 wir eine Experimentierklausel zur Erprobung von sogenannten Bodycams geschaffen. Die  
317 Wirksamkeit der Bodycams für den Schutz unserer Polizeibeamt\*innen wird in einem Mo-  
318 dellprojekt bis Ende 2019 getestet. Am Ende der Erprobungsphase muss für uns gewähr-  
319 leistet sein, dass sowohl Polizeibeamt\*innen geschützt sind, als auch Bürger\*innenrechte  
320 nicht verletzt werden können.

321 Oft wird reflexhaft nach einer Ausweitung der polizeilichen Videobeobachtung gerufen.  
322 Für uns steht fest, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für polizeiliche Videobeobach-  
323 tung nicht aufgeweicht werden dürfen. 2013 haben wir einer Verlängerung der Regelung  
324 im Polizeigesetz bis 2018 zugestimmt. Gleichzeitig haben wir für eine Evaluation dieser

325 umstrittenen Maßnahme durch Wissenschaftler\*innen gesorgt, um ihre Wirksamkeit bes-  
326 ser beurteilen zu können. Ohne eine gleichzeitige Beobachtung des Gefilmten und sofort-  
327 tiges Einschreiten von Polizeibeamt\*innen leistet Videoüberwachung keinen wirksamen  
328 Beitrag zur Gefahrenabwehr und stellt einen Eingriff in die Freiheit der Bürger\*innen dar.  
329 Wir sprechen uns daher gegen eine flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung  
330 im öffentlichen Raum aus.

331 Um die sozialraumorientierte Polizeiarbeit in NRW weiter zu stärken, wollen wir eine hö-  
332 here und verbindliche Zuweisung von Bezirksbeamt\*innen pro Einwohnerzahl festschrei-  
333 ben. Sie sind Ansprechpartner\*innen in ihrem Bezirk, zeigen Präsenz und leisten damit  
334 einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls. Dar-  
335 über hinaus bauen sie Netzwerke auf und arbeiten zur Lösung von Sicherheitsfragen oder  
336 der Verstetigung erfolgreicher Sicherheitsprojekte mit Kommunen, sozialen Trägern, der  
337 Frauenhilfeninfrastruktur und Jugendeinrichtungen, Religionsgemeinschaften und zivilge-  
338 sellschaftlichen Vereinen zusammen.

339 Wir wollen sowohl den Bürger\*innen als auch den Polizeibeamt\*innen selbst die Möglich-  
340 keit von Anregungen und Kritik geben und deshalb beim Landtag das Amt des/der Polizei-  
341 beauftragten schaffen. Vorbild ist der Wehrbeauftragte des Bundestages. Dieses Amt soll  
342 unabhängig vom Innenministerium sein und vom Parlament gewählt werden. Denkbar ist  
343 eine Schlichtungsfunktion bei Beschwerden von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen.  
344 Zudem sollte die/der Polizeibeauftragte aktiv konkrete Verbesserungsvorschläge für die  
345 Polizeiarbeit machen sowie Anliegen der Polizeibeamt\*innen an die Politik herantragen.  
346 Die Einrichtung einer solchen unabhängigen Stelle liegt also im Interesse der Polizei selbst  
347 und würde gleichzeitig das Vertrauen der Bürger\*innen in die Polizei weiter stärken.

348 Die Polizei Nordrhein-Westfalens ist mit insgesamt 47 Kreispolizeibehörden so kleinteil-  
349 lig organisiert wie in keinem anderen Bundesland. Die stark unterschiedlichen Behörden-  
350 größen und Zuständigkeiten führen zu Nachteilen durch ineffektive Organisationsabläu-  
351 fe, unterschiedliche Standards und ineffizienten Technikeinsatz. Deshalb streben wir eine  
352 Strukturreform mit einer Reduzierung der Anzahl der Kreispolizeibehörden an. Um dafür  
353 einen Weg unter Beibehaltung einer bürgernahen Polizeipräsenz vor Ort zu entwickeln,  
354 setzen wir uns für einen Modellversuch ein. Dafür bietet sich eine Ausweitung des in der  
355 Städteregion Aachen praktizierten und bewährten Modells der konzentrierten Polizeistruk-  
356 tur auf die gesamte Städteregion für weitere Polizeibehörden in der Region an. Unser Ziel  
357 ist es dabei insbesondere auch, die an den Grenzen der bisherigen Kreispolizeibehörden  
358 fehlende übergreifende Zuständigkeit und Zusammenarbeit einzuführen und somit eine  
359 bürger- und deliktnahe Ermittlungsarbeit und Gefahrenabwehr umzusetzen. Denn orga-  
360 nisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität machen nicht an Zuständigkeitsgrenzen  
361 halt.

362 Die in allen Bundesländern steigende Einbruchskriminalität ist auch ein Problem in  
363 Nordrhein-Westfalen, wo sowohl die Bevölkerungsdichte als auch das gute Verkehrs-  
364 netz Täter\*innen begünstigen. Das Land hat bereits Aufklärungsmaßnahmen für die Bür-  
365 ger\*innen, wie Wohnungen und Häuser gesichert werden können, sowie ein spezielles  
366 Fahndungskonzept zur Aufdeckung von Einbrecherbanden aufgelegt. Wir brauchen aber  
367 weitere Maßnahmen, um den Trend umzukehren. So sollte in der Bauordnung der Ein-  
368 bruchschutz verankert werden. Gleichzeitig muss unter Einbindung des Landeskriminal-  
369 amtes die Sachfahndung intensiviert werden. Die Absatzwege der Beute müssen gestört

370 werden. Zudem wollen wir die Kriminalpolizei stärken, damit sie ausreichend Ressourcen  
371 zur Bekämpfung von Eigentumsdelikten hat und damit die Aufklärung verbessern kann.

## 372 **Für ein nordrhein-westfälisches Versammlungsgesetz**

373 Seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer die Möglichkeit, ein eigenes  
374 Versammlungsgesetz zu erlassen, welches das Bundesversammlungsgesetz ablöst. Wir  
375 GRÜNE wollen diese Möglichkeit nutzen, um die freie Ausübung der demokratischen Rech-  
376 te und die Sicherheit der Polizei in NRW zu stärken sowie die Justiz zu entlasten.

377 Sitzblockaden und Verstöße gegen das Vermummungsverbot stellen beispielsweise einen  
378 Großteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestellten Straftaten dar. Nach  
379 dem Vorbild anderer Versammlungsgesetze kann hier die Justiz dadurch entlastet wer-  
380 den, dass Verstöße gegen das Vermummungsverbot und die Teilnahme an Sitzblockaden  
381 künftig als Ordnungswidrigkeit gewertet werden.

382 Außerdem wollen wir mit einem neuen Versammlungsgesetz Personenkontrollen nur noch  
383 unter schwerwiegenden Verdachtspunkten wie dem Verdacht auf das Mitführen von Waf-  
384 fen zulassen. Hiermit und mit der Ausweitung von Möglichkeiten zum Gegenprotest stär-  
385 ken wir massiv die Bürger\*innenrechte.

## 386 **Verfassungsschutz/Freiheit schützen**

387 Wir erleben zurzeit eine zunehmende Radikalisierung und erhöhte Gewaltbereitschaft un-  
388 terschiedlichster Gruppierungen, die das Grundgesetz ablehnen und ihre Ideologie gewalt-  
389 sam durchsetzen wollen. Dort, wo die offene Aufklärung gewaltorientierter Bestrebungen  
390 an ihre Grenzen stößt, ist es die Aufgabe des Verfassungsschutzes die notwendigen Infor-  
391 mationen zu liefern. Dem Spannungsfeld nachrichtendienstlicher Arbeit in einer Demo-  
392 kratie tragen wir dadurch Rechnung, dass wir den Befugnissen des Verfassungsschutzes  
393 enge Grenzen setzen, nachrichtendienstliche Tätigkeitsfelder auf das absolut notwendige  
394 Maß beschränken und die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle stärken.

395 Spätestens seit der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Ende  
396 2011 wissen wir um die strukturellen Fehler innerhalb der Sicherheitsbehörden. Um das  
397 Versagen der Behörden zu untersuchen, haben wir gemeinsam mit den anderen Fraktionen  
398 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss in NRW eingerichtet. Wir wollen die  
399 Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzen. Das sehen wir auch  
400 als unsere Pflicht gegenüber den Opfern des NSU und deren Angehörigen an.

401 Bereits 2013 haben wir den Verfassungsschutz umfassend reformiert und dem Landtag  
402 mehr Kontrollrechte eingeräumt. Wir wollen die Arbeit des Parlamentarischen Kontroll-  
403 gremiums des Landtags strukturell stärken. Den Einsatz von V-Leuten bewerten wir sehr  
404 kritisch. Sie dürfen nur als letzte Möglichkeit für die Gewinnung von Informationen ein-  
405 gesetzt werden. Zudem bedarf es eines Controllings für das V-Leute-System: Es muss re-  
406 gelmäßig geprüft werden, ob es sinnvoll und angemessen ist, an einzelnen V-Personen  
407 festzuhalten.

## 408 Gegen Hass und Gewalt

409 Mit großer Sorge beobachten wir die Zunahme von Anfeindungen, Radikalisierung und  
410 Gewalt in unserer Gesellschaft. Sowohl das rechtsextreme, als auch das neosalafistische  
411 Spektrum sind heute stärker ideologisiert und gewaltbereiter als zuvor. Diese beiden Phä-  
412 nomene verstärken sich auch gegenseitig. Rechtsextreme stellen mit Verweis auf den Neo-  
413 salafismus alle Menschen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht, während neo-  
414 salafistische Netzwerke mit Verweis auf rechte Gewalt Ressentiments gegenüber der Mehr-  
415 heitsgesellschaft aufbauen wollen. Diese Spirale der Radikalisierung muss durchbrochen  
416 werden.

417 Die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Dau-  
418 eraufgabe, bei der wir sowohl auf eine konsequente Strafverfolgung als auch auf Präven-  
419 tion und Intervention setzen. Dabei ist es uns wichtig, die Perspektive der Betroffenen und  
420 den Opferschutz nach vorne zu stellen und Beratungs- und Unterstützungsangebote zu  
421 stärken. Deshalb werden wir das integrierte Handlungskonzept des Landes zu einem Lan-  
422 desförderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte weiterentwickeln.  
423 Dabei wollen wir auch einen Aktionstopf für zivilgesellschaftliche Initiativen bereitstel-  
424 len, aus dem niedrigschwellig und unbürokratisch Aktivitäten gegen Rechtsextremismus  
425 und Rassismus vor Ort unterstützt werden.

426 Bei der hohen Zahl der ehrenamtlich engagierten Menschen im Sport kommt es auch hier  
427 zu rechtsextremen und rassistischen Zwischenfällen. Um den Sport im Umgang mit sol-  
428 chen Vorfällen zu stärken, werden wir ein Projekt zum Handlungsfeld Rechtsextremismus,  
429 Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport fördern. Zudem wollen wir ein regelmäßi-  
430 ges wissenschaftliches Monitoring zu Rassismus und Rechtsextremismus in NRW einfüh-  
431 ren, das die Entwicklung von Handlungsansätzen für wirksame Konzepte unterstützen soll.  
432 Ein öffentlich zugängliches Archiv zum Thema Rechtsextremismus in NRW soll Wissen-  
433 schaft und Zivilgesellschaft dabei unterstützen, mehr Wissen über die rechtsextreme Sze-  
434 ne zu generieren.

435 Angesichts des anhaltenden Zulaufs zur neosalafistischen Szene, den Ausreisen nach Sy-  
436 rien und in den Irak sowie der erhöhten Anschlagsgefahr auch in Deutschland und Euro-  
437 pa, brauchen wir einen Ausbau der Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsangebote in  
438 diesem Bereich. Die unterschiedlichen Institutionen, wie Schule, Jugendhilfe und JVAen  
439 müssen im Umgang mit dem Neosalafismus weiter gestärkt werden.

440 Das ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten Salafismus hinterlegt die  
441 Aktivitäten der Landesregierung mit einer gemeinsamen Strategie und stimmt die einzel-  
442 nen Maßnahmen aufeinander ab. Wir werden dieses Handlungskonzept weiterentwickeln  
443 und ein zivilgesellschaftlich getragenes Aussteigerprogramm fördern. Außerdem werden  
444 wir die „Wegweiser“-Beratungsstellen flächendeckend in NRW ausbauen und uns für mehr  
445 Forschung zum Thema Neosalafismus in NRW einsetzen. Die Maßnahmen gegen den Neo-  
446 salafismus müssen vor allem auch Frauen und Mädchen im Blick haben, da ihr Anteil in  
447 der Szene weiter wächst.

448 In den verschiedenen Bildungsinstitutionen wird von vielen Engagierten aufgeklärt so-  
449 wie Demokratie- und Gestaltungskompetenz vermittelt. Innerhalb der Demokratiebildung

450 übernehmen Schulen wesentliche Verantwortung und setzen durch Projekte wie „Schule  
451 ohne Rassismus“ und „Schule ohne Homophobie“ spürbare Akzente.

452 Wir wollen weiterhin Chancengleichheit für Sinti und Roma in NRW herstellen und dazu  
453 im Dialog mit den Betroffenen ein Bildungskonzept mit Programmen zur tatsächlichen  
454 Gleichstellung von Sinti und Roma initiieren. Unser Ziel ist es, einen Staatsvertrag mit den  
455 Sinti und Roma abzuschließen

456 Wir wollen uns künftig auch kritisch mit zunehmendem gruppenbezogenen Rassismus, An-  
457 tisemitismus und Nationalismus in Nachfolgegenerationen der migrantischen Community  
458 auseinandersetzen und hier entsprechende Handlungskonzepte weiterentwickeln.

## 459 **Feuerwehr und Katastrophenschutz/Ehrenamt ist unverzicht-** 460 **bar**

461 82.600 ehrenamtliche, 13.600 hauptamtliche Feuerwehrleute und 19.000 ehrenamtliche  
462 Helfer\*innen im Katastrophenschutz, z.B. im Technischen Hilfswerk, arbeiten tagtäglich für  
463 unsere Sicherheit. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung. Die Zahlen  
464 machen deutlich, dass der Brand- und Katastrophenschutz auf bürgerschaftliches Engage-  
465 ment angewiesen ist. Die Feuerwehren stehen vor der Herausforderung, dass immer mehr  
466 Personen nicht am Wohnort arbeiten sowie das Verständnis bei den Arbeitgeber\*innen für  
467 Einsätze während der Arbeitszeit fehlt. Deshalb haben wir zur Stärkung des Ehrenamtes bei  
468 der Feuerwehr gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren in NRW das breit angelegt  
469 Projekt „FeuerwEhrensache“ auf den Weg gebracht. In dem Projekt werden Maßnahmen  
470 und Handlungsvorschläge erarbeitet, um das Ehrenamt nachhaltig zu stärken. Wir setzen  
471 dabei auch auf die verstärkte Nachwuchsgewinnung von Frauen und Migrant\*innen für die  
472 Feuerwehren.

473 Zudem wollen wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie Straßen.NRW zu  
474 einer Lösung kommen, wie die Feuerwehrleute von der Aufgabe der Ölspurbeseitigung  
475 entlastet werden. Außerdem wollen wir ein Modell prüfen, in dem die außerordentliche  
476 Belastung durch den ehrenamtlichen Einsatz in der Feuerwehr und in den Hilfsorganisa-  
477 tionen durch die Einführung eines freiwilligen Heimarbeitstags pro Woche für Beschäftigte  
478 des öffentlichen Dienstes anerkannt wird.

479 Neben bürgerschaftlichem Engagement als Rückgrat des Brand- und Katastrophenschut-  
480 zes in NRW ist die Bedeutung hauptamtlicher Kräfte durch geänderte Rahmenbedingun-  
481 gen immer wichtiger geworden. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Ge-  
482 fahrenzulage erkennt die besondere Arbeit der Berufsfeuerwehrleute an. Zudem ist es ein  
483 Erfolg, dass wir die Anwärterbezüge für Personen mit abgeschlossener handwerklicher  
484 Ausbildung angehoben haben, um ausreichend Nachwuchs für die Berufsfeuerwehren zu  
485 gewinnen.

486 Angesichts häufiger auftretender Naturkatastrophen, Starkregenereignisse und anderer  
487 Katastrophenszenarien wollen wir den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen weiter-  
488 entwickeln. Dabei wollen wir uns vor allem der Vorbereitung auf einen möglichen großflä-  
489 chigen Stromausfall widmen. Auch wenn der Katastrophen- und Zivilschutz eine staatliche

490 Aufgabe ist, wollen wir die Bürger\*innen zu einer angemessenen Eigenvorsorge motivieren,  
491 ohne dabei Ängste zu schüren.

## 492 **Wir machen den Öffentlichen Dienst attraktiver**

493 Wir wollen den Öffentlichen Dienst attraktiver, moderner und familienfreundlicher auf-  
494 stellen und das Engagement der Mitarbeiter\*innen entsprechend würdigen. Sie gewähr-  
495 leisten mit ihrer Arbeit die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Wir wollen daher  
496 die öffentlichen Verwaltungen auch weiterhin noch bürgerfreundlicher gestalten.

497 Wir haben eine umfangreiche Dienstrechtsreform mit vielen Verbesserungen für die Be-  
498 schäftigten verabschiedet. So ermöglichen zum Beispiel flexiblere Arbeitszeitmodelle eine  
499 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit der Reform sind wir in vielen Bereichen  
500 Vorreiter für eine moderne Verwaltung, zum Beispiel beim Gesundheitsmanagement und  
501 bei Fort- und Weiterbildungen. Daran wollen wir anknüpfen und die Arbeitsbedingungen  
502 im öffentlichen Dienst für Beamt\*innen und Angestellte weiter verbessern. Dazu gehört  
503 die Verringerung der Belastungen durch Schichtdienste durch arbeitnehmerfreundliche  
504 Modelle.

505 Durch eine bereichsspezifische Zielquote bei Beförderungen und für Leitungsfunktionen  
506 werden Frauen bei im Wesentlichen gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leis-  
507 tung, in Zukunft im öffentlichen Dienst bevorzugt befördert – solange der Frauenanteil in  
508 dem jeweiligen Beförderungsamtsamt 50 Prozent noch nicht erreicht hat. So sollen die Karrie-  
509 rechancen für Frauen im öffentlichen Dienst gestärkt und langfristig der Frauenanteil in  
510 den höheren Beförderungsmätern und in Leitungsfunktionen erhöht werden.

511 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Solche Entwicklungen müssen sich in der Zusam-  
512 mensetzung der Mitarbeiter\*innen abzeichnen. Wir wollen daher die interkulturelle Öff-  
513 nung des Öffentlichen Dienstes vorantreiben und gezielt Menschen mit unterschiedlichen  
514 Hintergründen ansprechen und fördern. Alle Beschäftigten sollen auch weiterhin im Be-  
515 reich interkulturelle Kompetenz geschult werden.

516 Durch innovative Konzepte bleibt der öffentliche Dienst auch ein attraktiver Arbeitgeber  
517 für Berufseinsteiger\*innen. Diese wollen wir für eine Zukunft in der Landesverwaltung  
518 gewinnen und so demografischen Effekten gezielt entgegenwirken. Auch Erwerbsbiogra-  
519 phien werden vielseitiger. Davon wollen wir profitieren und den Zugang zum Landesdienst  
520 künftig noch weiter für Quereinsteiger\*innen öffnen.

521 Die Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung sollen zeitgemäßer werden. Durch die zuneh-  
522 mende Digitalisierung kann sowohl effizienter und schneller gearbeitet werden, als auch  
523 Bürger\*innen mehr Service Online angeboten werden. Dabei soll es Ziel bleiben, höchst-  
524 e Standards für die Sicherheit und Transparenz bei der Verwendung persönlicher Daten  
525 zu schaffen. Jedes Angebot bleibt jedoch ohne Nutzen, wenn es von Bürger\*innen nicht  
526 verstanden wird. Daher sollten alle Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen ihre Kommuni-  
527 kation stets in verständlicher, bürgerfreundlicher Sprache halten.

528 Nicht zuletzt soll unsere Landesverwaltung ökologischer werden. Mit der Nachhaltigkeits-  
529 strategie haben wir uns das Ziel einer „Nachhaltigen Landesverwaltung“ gesetzt. Auch  
530 über Klimaschutzaspekte hinaus wollen wir in der Landesverwaltung einen verbesserten

531 Schutz der natürlichen Ressourcen, wie zum Beispiel über eine Videokonferenzsoftware  
532 Dienstreisen verringern. Eine klimaneutrale und nachhaltige Landesverwaltung wird mit-  
533 telfristig sowohl kostengünstiger als auch leistungsfähiger sein.

534 Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber (Whistleblower\*innen) dienen der Gesellschaft, in-  
535 dem sie Missstände aufdecken. Sie sind keine Verräter\*innen, sondern verdienen als wich-  
536 tiger Teil des demokratischen Miteinanders Anerkennung und Respekt. Wir wollen deshalb  
537 den Schutz von Whistleblower\*innen im Dienstrecht des Landes verankern.

## 538 **Innenpolitik und Öffentliche Sicherheit – das wollen wir GRÜNE:**

- 539 • Mehr Polizist\*innen einstellen, die sozialraumorientierte Polizeiarbeit fördern und  
540 eine\*n Polizeibeauftragte\*n beim Landtag einrichten
- 541 • Ein Landesförderprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus auflegen, ein  
542 Projekt gegen Rechtsextremismus, Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport  
543 fördern und ein regelmäßiges wissenschaftliches Monitoring einführen
- 544 • Das Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten Neosalafismus weiterentwickeln  
545 und die Beratungsstellen „Wegweiser“ ausbauen
- 546 • Das Ehrenamt bei den Freiwilligen Feuerwehren und in den anerkannten Hilfsorga-  
547 nisationen stärken
- 548 • Schutz von Whistleblower\*innen.

## 549 **Zuwanderung und Integration**

550 Nach aktuellen Zahlen der UN sind weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der  
551 Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Angesichts von Kriegen,  
552 Verfolgung und Klimawandel ist die Beseitigung der Fluchtursachen eine riesige Heraus-  
553 forderung für die internationale Politik, die es bisher nicht geschafft hat, die Krisenherde  
554 dieser Welt nachhaltig zu entschärfen. Eine gemeinsame europäische Verständigung über  
555 die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU muss weiter das Ziel sein,  
556 ist aber derzeit weiter nicht in Sicht. Aus diesen Gründen sind in den vergangenen Jahren  
557 eine große Anzahl von Menschen zu uns geflüchtet – Menschen die sich gezwungen sahen  
558 ihre Heimat zu verlassen, um Sicherheit und Schutz für sich und ihre Familie zu suchen.  
559 Wir haben die humanitäre und menschenrechtliche Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen,  
560 dass sie bei uns in Sicherheit sind und angemessen untergebracht und versorgt und in-  
561 tegriert zu werden. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht, das nicht am wirtschaftlichen  
562 Nutzen von Menschen bemessen werden darf und verteidigt werden muss.

563 Nordrhein-Westfalen hat eine lange Geschichte als Einwanderungsland. Von Aachen bis  
564 Minden leben Menschen aus mehr als 180 Ländern in unserem Land, ein Drittel aller  
565 Schülerinnen und Schüler an nordrhein-westfälischen Schulen hat einen Migrationshin-  
566 tergrund. Wir wollen ihnen gleiche Chancen und Teilhabe ermöglichen. Wir können aus  
567 den guten wie schlechten Erfahrungen der Vergangenheit lernen und die Voraussetzun-  
568 gen für eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten schaffen.

## 569 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

570 Mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz haben wir bereits 2012 wichtige Weichen ge-  
571 stellt. Wir haben mit ihm ein flächendeckendes Netz von kommunalen Integrationszentren  
572 und Integrationsagenturen geschaffen und die Integrationsräte sowie die Selbstorganisa-  
573 tion der Migrant\*innen gestärkt. Diese Strukturen sind eine gute Basis für die Integration  
574 von Geflüchteten.

575 In den vergangenen drei Jahren ist es uns gelungen, die Unterbringungseinrichtungen in  
576 NRW auszubauen und auch zu den Hochzeiten des Flüchtlingszuzugs jedem zu uns kom-  
577 menden Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten. Wir haben den Bund dazu gebracht,  
578 sich endlich an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme zu beteiligen. Wir haben die finanzia-  
579 elle Förderung von Beratungsstellen für Geflüchtete massiv ausgebaut. Zudem haben wir  
580 den Vollzug der Abschiebehaft in NRW neu gestaltet und so human wie möglich geregelt.

581 NRW hat als erstes Flächenland eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein-  
582 geführt, die die Gesundheitsleistungen für Geflüchtete verbessert und den kommunalen  
583 Verwaltungsaufwand senkt. Für die Zukunft wollen wir Lösungen finden, wie die Einfüh-  
584 rung der Gesundheitskarte für alle Kommunen erleichtert werden und auch Menschen oh-  
585 ne Papiere und Aufenthaltsstatus eine medizinische Versorgung garantiert werden kann.

586 Mit dem nordrhein-westfälischen Berufsanererkennungsgesetz haben wir zudem dafür ge-  
587 sorgt, dass ausländische Berufsabschlüsse besser und schneller anerkannt werden kön-  
588 nen.

589 Wir haben über 6.000 neue Lehrer\*innen eingestellt, um den Unterricht für alle hier le-  
590 benden Kinder zu garantieren. Wir fördern Mehrsprachigkeit, haben den bekenntnisorien-  
591 tierten islamischen Religionsunterricht eingerichtet und es ermöglicht, Islamische Religi-  
592 onslehre als Teil der Lehramtsausbildung zu studieren. Das novellierte Bestattungsgesetz  
593 berücksichtigt die religiöse Vielfalt und trägt zu einem besseren Miteinander der Reli-  
594 gionen bei. Auch bei der Einwanderung aus Südost-Europa haben wir die Städte und  
595 Gemeinden unterstützt.

596 Der Umgang mit Flüchtlingen und ihre Integration wird uns auch in den kommenden Jah-  
597 ren beschäftigen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, die wir gleichzeitig auch als  
598 große Chance für unser Land begreifen, haben wir noch viel vor.

## 599 **Versorgung und Unterbringung/Menschenwürdig Leben**

600 Viele Geflüchtete suchen und finden derzeit Schutz in Deutschland. Allein in NRW wurden  
601 im Jahr 2015 rund 230.000 Menschen aufgenommen und versorgt. Trotz derzeit geringer  
602 Ankunftsahlen können wir aufgrund der weltweiten Entwicklungen nicht von langfristig  
603 sinkenden Zahlen Geflüchteter in NRW ausgehen. Wir wollen langfristig sicherstellen, dass  
604 alle Geflüchteten in den Landeseinrichtungen eine menschenwürdige Versorgung finden.  
605 Dazu gehört neben einer guten Unterbringung und einer angemessenen medizinischen  
606 Versorgung auch eine unabhängige Verfahrensberatung.



607 Spezielle Angebote für traumatisierte Menschen sind besonders wichtig. Die Bedürfnisse  
608 besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge wie Minderjähriger, Schwangerer LSBTTI, allein-  
609 reisender Frauen, Opfern von Menschenhandel und Kranker müssen berücksichtigt wer-  
610 den. Auch ohne die dringend notwendige Unterstützung des Bundes in diesem Bereich  
611 setzen wir uns dafür ein, dass in den Landeseinrichtungen die Belange der besonders  
612 Schutzbedürftigen berücksichtigt werden. Es ist unsere Aufgabe, sie nach ihrer Ankunft  
613 bestmöglich zu betreuen und gezielt Gewaltschutzkonzepte für Landeseinrichtungen zu  
614 entwickeln.

615 Wir wollen, dass möglichst zeitnah nach Ankunft der Geflüchteten die Integration begin-  
616 nen kann. Dazu gehören vor allem der Zugang zu einem Deutschkursangebot auch wäh-  
617 rend laufender Anerkennungsverfahren und über Anfängerkurse hinaus und die zügige  
618 Anerkennung sowohl formaler als auch durch die praktische Ausübung gewonnener Be-  
619 rufsqualifikationen und Integration in den Arbeitsmarkt.

## 620 **Asylrecht/Keine Symbolpolitik auf Kosten von Geflüchteten**

621 Auf Bundesebene setzen wir uns für zügige und faire Asylverfahren ein. Noch immer ist  
622 der Antragsstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine der Hauptursachen  
623 für verzögerte Integration und die monatelangen Wartezeiten stellen eine Belastung für  
624 die Betroffenen dar. Rechtsstaatlich problematische Konstrukte wie die der sogenannten  
625 „Sicheren Herkunftsstaaten“ lösen die Probleme nicht. Gleichzeitig muss ein Wechsel vom  
626 Asylverfahren in die Arbeitsmigration möglich sein, der auch Migrant\*innen aus sogenann-  
627 ten sicheren Herkunftsstaaten außerhalb der EU und ohne Aussicht auf eine EU-Blue-Card  
628 einen legalen Zugang in den deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht.

629 Symbolische Abschreckungspolitik wird auch weiterhin an der Situation nichts ändern.

630 Trotzdem sind auf Bundesebene in den letzten Jahren eine Reihe von Verschärfungen im  
631 Asylrecht erfolgt. Bei ihrer Umsetzung wollen wir unsere landesrechtlichen Spielräume  
632 im Sinne der Rechte der Geflüchteten nutzen. Dazu gehört es, die Aufenthaltsdauer in der  
633 Erstaufnahmeeinrichtung zu begrenzen, Geldleistungen statt Sachleistungen bereitzustel-  
634 len und nach Abschluss der Verfahren zunächst die freiwillige Rückkehr zu unterstützen.  
635 Wir setzen auf Alternativen zur Abschiebehaf, wie Meldeauflagen, um unnötige Härten zu  
636 vermeiden, solange es auf Bundesebene keine politische Mehrheiten für die Abschaffung  
637 der Abschiebehaf gibt.

## 638 **Integration/NRW als neue Heimat**

639 Unser Dank gilt dem großen ehrenamtlichen Engagement der Bürger\*innen. Ehrenamtli-  
640 ches Engagement vor Ort kann ein umfassendes Integrationsprogramm aber immer nur  
641 ergänzen und begleiten. Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen brauchen, so wie  
642 alle in NRW lebenden Menschen, Zugang zu Bildung, Ausbildung und dem Arbeitsmarkt,  
643 eine umfassende Gesundheitsversorgung und preiswerte Wohnungsangebote.

644 Auch für diejenigen, die am Ende kein Bleiberecht erhalten und in ihr Herkunftsland zu-  
645 rückkehren müssen, sind ein Schulabschluss oder eine Ausbildung ein Mehrwert und gut

646 genutzte Zeit. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen, die einen Aus-  
647 bildungsplatz haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und nach Abschluss der  
648 Ausbildung eine Chance erhalten, sich eine Anschlussbeschäftigung zu suchen.

649 Die Kommunen im täglichen Umgang mit den Geflüchteten und Zugewanderten zu unter-  
650 stützen, hat für das Land Nordrhein-Westfalen oberste Priorität. Das gilt für die Finanzie-  
651 rung von Unterbringung und Versorgung, aber auch für die Organisation des Miteinanders  
652 vor Ort.

## 653 Querschnittsaufgabe Integration/Integration geht alle an

654 Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb müssen die Informationen zum politi-  
655 schen Prozess und zur Arbeit der Landesregierung generell barrierefrei zugänglich sein –  
656 dazu gehört es, die Internetseiten der Ministerien und Behörden in weiteren Sprachen be-  
657 reitzustellen. Dies gilt auch für weitere Informationsangebote, wie Gesundheitsversorgung  
658 und Kinderbetreuung.

659 Viele Menschen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, finden nur schwer  
660 Zugang zu Wohnraum und Dienstleistungen, Behörden und Bildungsangeboten. Die-  
661 se Bereiche werden vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht erfasst. Deshalb  
662 brauchen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die europäische Antirassismus-  
663 Richtlinie umsetzt und ein Verbandsklagerecht zulässt.

664

665 Nach wie vor haben Migrantinnen und Migranten ein erheblich höheres Risiko, arbeitslos  
666 zu sein oder zu einem Niedriglohn zu arbeiten. Die Möglichkeit, selbständig den eigenen  
667 Lebensunterhalt zu bestreiten, ist mitentscheidend für eine gelungene Integration. Wir för-  
668 dern die Entwicklung innovativer Ansätze zur systematischen Feststellung und Anerken-  
669 nung von beruflichen Qualifikationen, auch wenn diese nicht im Rahmen einer formalen  
670 Ausbildung erworben wurden. So soll es Arbeitgeber\*innen ermöglicht werden, Potentiale  
671 und Kompetenzen von Migrant\*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte besser zu  
672 erkennen.

673 Wir wollen den öffentlichen Dienst interkulturell stärker öffnen und dort die Vielfalt  
674 unserer Gesellschaft repräsentieren. Das bedeutet konkret, dass das Thema Interkul-  
675 turelle Öffnung ganzheitlich in die Personalentwicklung integriert wird und messbar  
676 mehr Menschen mit Migrationshintergrund den Weg in die öffentliche Verwaltung finden  
677 müssen. Migrantinnen- und Migrantennetzwerke zur gegenseitigen Unterstützung sowie  
678 Mentoring-Modelle wollen wir ausbauen und unterstützen. Das gilt auch für die Ausbil-  
679 dungsbefähigung von Selbständigen mit Migrationsgeschichte.

680 Sprach- und Integrationskurse sind der erste und wichtigste Schritt in die Integration für  
681 alle neu Zugewanderten. Auch Eltern, die gerade nach Deutschland gekommen sind, soll-  
682 ten schnell diese Kurse besuchen können. Wir wollen die Kinderbetreuung bei den Kursen  
683 ausbauen und so Integrationshemmnisse abbauen.

684 Weitere Einschnitte beim interkulturellen Programm des Westdeutschen Rundfunks leh-  
685 nen wir ab. Es ist unser Ziel, erfolgreiche Formate der Vergangenheit wiederzubeleben.

686 Um Migration erlebbar und spürbar zu machen, planen wir, ein Migrationsmuseum in NRW  
687 einzurichten.

688 Viele der Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren begonnen haben, müssen vertieft und  
689 fortgeführt werden. Wir wollen die Arbeit der Kommunalen Integrationszentren intensi-  
690 vieren und die Kooperation mit den Migrantenorganisationen ausbauen. Auch kommunale  
691 Integrationslotsen können einen wichtigen Beitrag zu einem gelingenden Miteinander  
692 leisten. Wir fordern weiterhin ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger\*innen.

693 Der Aufenthaltsstatus hat unmittelbare Folgen auf die Integration in die Gesellschaft.  
694 Darum setzen wir uns auf Bundesebene insbesondere mit Blick auf bereits bestehende  
695 Mehrgenerationen-Duldungen für Verbesserungen im Aufenthaltsrecht ein.

696 Will man die Zukunft gestalten, ist es auch notwendig, Verantwortung für die Vergangen-  
697 heit zu übernehmen. Deutschland trägt eine historische Verantwortung gegenüber den  
698 Minderheiten der Sinti und Roma, die erst 1982 als Opfer des Völkermords im Nationalso-  
699 zialismus anerkannt wurden. Etliche Bundesländer werden dieser Verantwortung bereits  
700 durch konkrete Abkommen mit den Vertretungen der Sinti und Roma gerecht. Um unserer  
701 historischen Verantwortung gerecht zu werden, wollen auch wir mit dem Landesverband  
702 deutscher Sinti und Roma sprechen, um einen Staatsvertrag oder eine Rahmenvereinba-  
703 rung zu erreichen, in denen die Rechte der Minderheit festgehalten werden.

## 704 **Zuwanderung und Integration – das wollen wir GRÜNE:**

- 705 • Echte Lösungen für Flucht und Integration statt Symbolpolitik
- 706 • Ein Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen und eine Landesantidiskriminie-  
707 rungsstelle nach Bundesvorbild einrichten
- 708 • Gesundheitskarte für alle Geflüchtete landesweit einführen
- 709 • Zugang zu angemessenem Wohnraum schaffen.

## 710 **Justiz**

711 Die Erwartungen unserer Bürger\*innen an die Justiz sind hoch. Gerechte Urteile, schnelle  
712 und effiziente Verfahren, gleichzeitig aber auch ein aktivierender Strafvollzug, der auf Re-  
713 sozialisierung statt Wegsperrern setzt. Vorsorge ist besser für die Gesellschaft, für die von  
714 Kriminalität Betroffenen – und eine günstigere Alternative als der Unterhalt von Haftplät-  
715 zen.

716 Die Justiz kann die an sie gesetzten Erwartungen aber nur erfüllen, wenn die Politik ihr  
717 die entsprechenden Werkzeuge an die Hand gibt und sie angemessen ausstattet.

## 718 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

719 Justizskandale haben lange Zeit den Strafvollzug geprägt, gleichzeitig hat sich das Land  
720 nicht um die Mitarbeiter\*innen im Bereich der Justiz gekümmert. Die Beschäftigten in den  
721 Justizvollzugsanstalten, den Gerichten und in anderen Institutionen waren dauerhaft über-  
722 fordert und fühlten sich allein gelassen.

723 Wir haben die Justiz wieder als fairen Arbeitgeber etabliert und nehmen die Berufsver-  
724 bände als gleichberechtigte Partner ernst. Zahlreiche Stellen wurden von uns entfristet,  
725 prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie die Besoldungsgruppen A3 und A4 beseitigt, gu-  
726 te Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen und die Vereinbarkeit von Familie  
727 und Beruf gestärkt. Zur Arbeitsentlastung und zur Verfahrensbeschleunigung haben wir  
728 seit 2010 knapp 1.700 neue Stellen geschaffen, davon ca. 1.200 bei den Gerichten und  
729 Staatsanwaltschaften.

730 Für uns stehen die Opfer im Mittelpunkt unserer Arbeit. Deshalb haben wir einen Opfer-  
731 schutzbericht eingeführt und den Täter-Opfer-Ausgleich gestärkt. Außerdem haben die  
732 Möglichkeit für Opfer sexueller Gewalt geschaffen, anonym Spuren sichern zu lassen,  
733 wenn sie noch keine Anzeige erstatten wollen.

734 Zur Vermeidung von Gewalt und Misshandlungen in den Justizvollzugsanstalten haben  
735 wir außerdem ein Modernisierungsprogramm aufgelegt, legen einen Schwerpunkt auf ge-  
736 meinnützige Arbeit statt Haft und haben spezielle Angebote wie Sozialtherapie für die  
737 unterschiedlichen inhaftierten Gruppen ausgebaut. Als Ansprechpartner haben wir außer-  
738 dem das Amt der/des Justizvollzugsbeauftragte/n institutionalisiert.

## 739 **Modernisierung der Justiz**

740 Eine unabhängige und gelingende Justiz ist ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaats. Die  
741 Justiz muss bürgernäher und transparenter werden. Deshalb wollen wir einen Richter-  
742 wahl Ausschuss durch den Landtag bilden, um die Ernennung aller nordrhein-westfälischer  
743 Richter\*innen zu demokratisieren. Die Unabhängigkeit der Justiz möchten wir insgesamt  
744 stärken. Gerichte und Staatsanwaltschaften brauchen personelle Unterstützung und or-  
745 ganimatorische Souveränität, damit unser Rechtssystem auch in Zukunft gut funktioniert.  
746 Vom Weisungsrecht der Exekutive gegenüber Staatsanwaltschaften wurde in den 70 Jah-  
747 ren der Geschichte NRWs noch nie Gebrauch gemacht. Es muss weiterhin an enge Kriterien  
748 gebunden sein.

749 Wichtig ist auch den Zugang zum Richter- und Staatsanwaltsamt in den Blick zu nehmen.  
750 Dabei soll neben der fachlichen Qualifikation auch stärker Wert auf persönliche Kompe-  
751 tenzen gelegt werden. Spätestens in der Fortbildung sollen auch Themenfelder wie Psy-  
752 chologie, Forensik, Jugendhilfe, und Opferschutz für Strafrichterinnen und Strafrichter und  
753 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte angeboten werden. Wir wollen auch die interkultu-  
754 relle Abbildung der Gesellschaft in der Justiz stärken und wollen daher das Verbot des  
755 Tragens durch religiös begründete Kopftücher für Richterinnen und Staatsanwältinnen in  
756 den öffentlichen Verhandlungen überprüfen.

757 Wir wollen sowohl die richterliche als auch die nichtrichterliche Mediation stärken und  
758 ihre Angebote weiter ausbauen. Wo immer Streitigkeiten zwischen Bürger\*innen oder mit  
759 der Verwaltung bestehen, muss es die Möglichkeit zu vermittelnden Gesprächen ohne ein  
760 gerichtliches Verfahren geben. Auf diese Weise werden die Gerichte entlastet und dem  
761 Staat Kosten erspart. Außerdem führt es zu einer deutlich größeren Zufriedenheit der Be-  
762 teiligten.

## 763 **Justiz als faire Arbeitgeberin**

764 Die Justiz ist auf motivierte und zuverlässige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewie-  
765 sen. Dafür ist es zum einen erforderlich, die teilweise seit Jahren bestehende erhebliche  
766 Arbeitsüberlastung weiter abzubauen. Davon sind nahezu alle Gruppen in der Justiz betrof-  
767 fen. Die erhobenen Belastungszahlen machen deutlich: Wir brauchen mehr Richter\*innen,  
768 mehr Staatsanwält\*innen, mehr Rechtspfleger\*innen, mehr Amtsanwält\*innen, mehr Ge-  
769 richtsvollzieher\*innen, mehr Servicekräfte, mehr Wachtmeister\*innen, mehr Justizvollzugs-  
770 bedienste. Ein wesentliches Ziel muss also darin liegen, qualifizierten Nachwuchs zu ge-  
771 winnen und dort bessere und gerechtere Laufbahnchancen zu schaffen, wo es erforderlich  
772 ist. Die Justiz muss noch besser werden im Bereich der interkulturellen Öffnung. Fachkräf-  
773 te und Bedienstete mit Migrationsgeschichte sind eine Bereicherung und sollen deshalb  
774 aktiv gewonnen werden.

775 Der öffentliche Dienst darf kein prekärer Arbeitgeber sein, deshalb wollen wir den ein-  
776 fachen Dienst nach dem Modell Baden-Württembergs abschaffen und die Laufbahnen so  
777 ändern, dass auch AbsolventInnen ohne Abitur und Laufbahnprüfung Aufstiegsmöglich-  
778 keiten haben. Gleichzeitig wollen wir die Ausbildungs- und Fortbildungsangebote insbe-  
779 sondere im Strafvollzug weiter ausbauen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu  
780 halten.

## 781 **Strafvollzug/Behandlung statt Sühne**

782 Wir wollen in den nächsten Jahren den Umbau vom Sühnevollzug zum aktivierenden Be-  
783 handlungsvollzug fortsetzen.

784 Damit ein Leben in Straffreiheit möglich wird, müssen wir den Gefangenen entsprechende  
785 Angebote im Strafvollzug zur Verfügung stellen. Es geht um grundlegende Fertigkeiten,  
786 über die sie häufig aufgrund ihrer Biographie nicht in ausreichendem Maße verfügen wie  
787 etwa soziale Kompetenzen und den gewaltfreien Umgang mit Konflikten.

788 Es geht aber auch darum, Gefangene durch Ausbildungsmaßnahmen auf ein Leben nach  
789 der Haft vorzubereiten. Nur wer eine gute Grundlage und Perspektiven für die Zeit nach  
790 der Haft hat, kann ein straffreies Leben in Freiheit bewältigen und sich in die Gesellschaft  
791 integrieren. Einige Gefangene brauchen Unterstützung beim Lesen und Schreiben. Andere  
792 wiederum können in der Haft ihren Schulabschluss oder eine Berufs- oder Hochschulaus-  
793 bildung machen, die auf ein Leben nach der Haft vorbereiten.

794 Die sehr engagierte Arbeit der Freien Straffälligenhilfe ist unverzichtbar. Sie weiter zu stär-  
795 ken, auszubauen und neben dem staatlichen Angebot der Ambulanten Sozialen Dienste  
796 bei den Gerichten als feste zweite Säule zu etablieren, ist unerlässlich.

797 Wir setzen uns für die weitestgehende Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen zur Vollstrec-  
798 ckung nicht geleisteter Geldstrafen ein. Sie sind teilweise ungerecht für die Betroffenen  
799 und für den Staat unverhältnismäßig teuer, da ein Haftplatz 130 Euro am Tag kostet. Viel  
800 sinnvoller wäre es, den Verurteilten stattdessen die Möglichkeit zu gemeinnütziger Arbeit  
801 zu geben. Programme wie „Schwitzen statt Sitzen“ müssen konsequent weiterentwickelt  
802 und ausgebaut werden.

803 Wichtig ist, die Augen nicht vor der Wirklichkeit im Strafvollzug zu verschließen. Der Kon-  
804 sum verbotener Substanzen während der Haft lässt sich nicht gänzlich vermeiden. Für  
805 Menschen mit Suchterkrankungen, die in Freiheit leben, setzen wir uns seit Jahren erfolg-  
806 reich etwa gemeinsam mit der Deutschen Aidshilfe zum Beispiel für Spritzen- und Kon-  
807 domautomaten ein, um das Risiko von Infektionen zu vermeiden. Gleiches muss auch für  
808 die Gefangenen im Justizvollzug möglich ein.

## 809 **Justiz – das wollen wir GRÜNE:**

- 810 • Einen behandelnden Strafvollzug
- 811 • Die Justiz als faire Arbeitgeberin.

## 812 **Verbraucherschutz**

813 Die globalisierte Welt, die zunehmenden Macht von Großkonzernen und die Anonymität  
814 des Internets sind nur drei von vielen in den letzten Jahren entstandenen Gründen, war-  
815 um sich Verbraucher\*innen zunehmend überfordert und alleingelassen fühlen – trotz der  
816 vielen Chancen, die die Digitalisierung allen Menschen bietet und die von diesen gerne  
817 und intensiv genutzt werden.

818 Deshalb sind ein starker, staatlich unterstützter Verbraucherschutz und eindeutige gesetz-  
819 liche Regelungen wichtige Bausteine zum Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Ge-  
820 fährdungen und wirtschaftlichen Nachteilen.

## 821 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

- 822 1. In den vergangenen sechs Jahren hat Nordrhein-Westfalen dabei eine Vorreiterrol-  
823 le eingenommen und zahlreiche konkrete Fortschritte erzielt: die Verminderung des  
824 Einsatzes von Antibiotika und anderer Medikamente in der Tiermast, erfolgreiche In-  
825 itiativen im Bundesrat für mehr Tierschutz und bessere Haltungssysteme für unsere  
826 Nutztiere, Maßnahmen gegen das Wegwerfen und die Verschwendung von Lebens-  
827 mitteln, größere Transparenz sowie mehr Personal bei der Lebensmittelkontrolle. Mit  
828 der Aufstockung der finanziellen Zuschüsse von 10 auf 15 Mio. Euro und dem Ab-  
829 schluss einer Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit haben wir die Arbeit

830 der Verbraucherzentrale NRW gestärkt, die Beratungsstellen ausgebaut und ihnen  
 831 für die nächsten Jahre Planungssicherheit verschafft. Ein besserer Schutz der eigen-  
 832 en Daten und beim Handel im Internet, mehr Transparenz und klare Grenzen bei  
 833 unübersichtlichen und ständig variierenden Preisen, Maßnahmen gegen täuschende  
 834 Vergleichsportale und nur vermeintlich objektive Siegel und Zertifikate sind nur ein  
 835 kleiner Ausschnitt aus der breiten Palette an Herausforderungen, die wir mit dem  
 836 Schwerpunkt Digitaler Verbraucherschutz angegangen haben.

837 2. Diese Politik wollen wir fortführen: Verbraucher\*innen müssen auf dem digitalen  
 838 Markt mindestens den gleichen Schutz und gleiche Transparenz wie bei herkömmli-  
 839 chen, „analogen“ Geschäften bekommen. Entwicklungen und Praktiken wie „Geoblo-  
 840 cking“, eine undurchsichtige individuelle Preisgestaltung oder etwa Versicherungs-  
 841 tarife im Gesundheitsbereich, die die Höhe der Beiträge vom eigenen Verhalten oder  
 842 bestimmten Eigenschaften abhängig macht und massiv in unsere Lebensführung  
 843 eingreifen (sog. Telematiktarife) wollen wir durch klare rechtliche Regelungen be-  
 844 grenzen und verbraucherfreundlich ausgestalten.

845 3. Mit der Überprüfung der Kommunen bezüglich der Einhaltung der Kontrollfrequen-  
 846 zen im Bereich der Lebensmittelhygiene, der Einführung von Gebühren für Regel-  
 847 kontrollen zur Finanzierung des Überwachungspersonals, der Veränderung von Zu-  
 848 ständigkeiten bei der Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln sowie der Überprüfung  
 849 tierärztlicher Hausapotheken haben wir Konsequenzen aus den Lebensmittelskan-  
 850 dalen der Vergangenheit gezogen und wesentliche Schritte zur Verbesserung des  
 851 Vollzuges des gesundheitlichen Verbraucherschutzes umgesetzt. Durch eine weitere  
 852 Erhöhung der Anzahl des Kontrollpersonals und die Überprüfung der Zuständigkei-  
 853 ten wollen wir diesen Wege in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen.

854 4. Der Schutz der Verbraucher\*innen vor Gefahren und die Ermöglichung eigenverant-  
 855 wortlicher Kauf- und Konsumententscheidungen werden auch in der kommenden Le-  
 856 gislaturperiode die Hauptziele unserer Verbraucherschutzpolitik sein.

## 857 **Gesundheitlicher Verbraucherschutz/ Gesundheit schützen**

858 Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wollen wir den Einsatz von Anti-  
 859 biotika durch die Novellierung des Arzneimittelgesetzes des Bundes weiter senken, zur  
 860 Vermeidung von Resistenzen den Einsatz der für uns Menschen besonders wichtigen Re-  
 861 serveantibiotika in der Veterinärmedizin weitgehend verbieten und endlich ein absolutes  
 862 Minderungsziel einführen.

863 Die aktuelle Diskussion um den Wirkstoff Glyphosat, der im Verdacht steht, Krebs zu erzeu-  
 864 gen und inzwischen in vielen Lebensmitteln und im Körper von Kindern und Erwachsenen  
 865 nachgewiesen wurde, macht deutlich: Der Einsatz von Pestiziden und anderen toxischen  
 866 Substanzen muss weiter begrenzt werden. Giftstoffe haben nicht nur in Lebensmitteln  
 867 nichts zu suchen, sondern müssen auch aus anderen Produkten wie Spielzeugen, Kos-  
 868 metika, Kleidung und sonstigen Bedarfsgegenständen so weit wie möglich fern gehalten  
 869 werden. Dazu bedarf es klarer gesetzlicher Verbote und Begrenzungen sowie einer ver-  
 870 besserten Kontrolle durch die zuständigen Behörden.

871 Auch und gerade bei individuellen Gesundheitsleistungen, sog. IGeL, zeigt sich, dass durch  
872 einen starken und aktiven Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher das Ungleichge-  
873 wicht zwischen dem Arzt/der Ärztin auf der einen Seite und der Patientin/dem Patient auf  
874 der anderen Seite ausgeglichen werden muss.

875 Viele IGeL haben keinen nachgewiesenen Nutzen und dienen oft als zusätzliche Einnah-  
876 mequelle für Ärzte.

877 Hierzu bedarf es einer grundsätzlichen Verfahrensänderung wie IGeL in der Praxis ange-  
878 boten werden dürfen. Die unabhängige Beratung über die Notwendigkeit und Wirksamkeit  
879 von IGeL wollen wir weiter verbessern und die Transparenz im Medizinmarkt stärken.

## 880 **Transparenz**

881 Eine klare, eindeutige und verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln, Kleidung und  
882 sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs muss endlich Realität werden: Dies gilt für  
883 die Inhaltsstoffe und die Bedingungen, unter denen Waren produziert werden: Verbrau-  
884 cher\*innen wollen wissen und sollen zukünftig erfahren, unter welchen Umwelt-, Sozial-  
885 und Tierschutzstandards die Waren erzeugt und wo genau sie produziert wurden.

886 Durch die Veröffentlichung der Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen durch ein „Kontroll-  
887 barometer“ sowie eine Erweiterung des Verbraucherinformationsgesetzes- insbesondere  
888 auch auf Informationsansprüche gegenüber Unternehmen – wollen wir die Verbraucher-  
889 transparenz weiter erhöhen. Gesetzliche Mindestanforderungen an Vergleichsportale, Sie-  
890 gel und Zertifikate sollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung schützen und  
891 zu fairen Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen beitragen.

892 Unsere Programme für eine bessere Ernährung und Ernährungsbildung wie das Schulobst-  
893 programm, das 100-Kantinen-Programm oder die Vernetzungsstellen Kindergarten- und  
894 Schulverpflegung wollen wir fortsetzen und weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir  
895 uns für ein gesundes und ausgewogenes Ernährungsangebot in Senioreneinrichtungen  
896 einsetzen.

## 897 **Verbraucherinformation und Verbraucherbildung**

898 In unserer modernen Gesellschaft ist der Wirtschaftszweig Ernährung für die Verbrau-  
899 cher\*innen fast undurchschaubar und unübersichtlich geworden. Direkte Absatzbeziehun-  
900 gen zwischen der Landwirtschaft auf der einen und den Verbraucher\*innen auf der anderen  
901 Seite sind selten. So verlieren Verbraucher\*innen zunehmend Wissen über landwirtschaft-  
902 liche Produktionsprozesse und über gesunde Ernährung. Der Mensch entfernt sich immer  
903 mehr von seiner unmittelbaren Lebensgrundlage. Für eine bewusste Kaufentscheidung  
904 zugunsten einer nachhaltigen Landwirtschaft brauchen Verbraucher\*innen deshalb Wis-  
905 sen und Transparenz über Herkunft und Herstellungsweise der Produkte. Um das Wissen  
906 über die Nahrungsmittelerzeugung zu verbessern, setzen wir GRÜNE zwei Schwerpunkte:  
907 Ernährungsbildung und Lebensmittelkennzeichnung.



## 908 **Wirtschaftlicher Verbraucherschutz/Macht für Verbrau-** 909 **cher\*innen**

910 Im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes setzen wir uns für eine Stärkung  
911 der Rechte der Verbraucherorganisationen und für die Erweiterung ihrer Klagerechte  
912 ein. Durch Verbraucherschutz- und Sammelklagen müssen seriöse Verbraucherschutz-  
913 verbände das Recht erhalten, stellvertretend für die Verbraucher\*innen Rechte geltend  
914 zu machen und durchzusetzen. Dies gilt auch für materielle Ansprüche, zum Beispiel  
915 Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche wie im Zusammenhang mit der Täuschung  
916 und Manipulation durch Automobilhersteller. Hier sind deutsche Verbraucher\*innen zur-  
917 zeit deutlich schlechter gestellt als etwa in den USA. Das wollen wir ändern.

918 Darüber hinaus möchten wir den Schutz der Verbraucher\*innen beim Abschluss von  
919 Versicherungen, Verträgen und Krediten ausbauen, damit sie nicht in die Null-Prozent-  
920 Finanzierungsfallen geraten, die oft zu hohen Kosten und somit zur Überschuldung führen.  
921 Aus diesem Grund ist es auch wichtig die Mittel für die Schuldnerberatung zu verstetigen  
922 und anzupassen. Denn nur so kann den Verbraucher\*innen ein Weg aus der Überschuldung  
923 gewiesen werden.

924 Spielräume im europäischen Recht wollen wir zum Erhalt und zur Verbesserung der Fahr-  
925 gastrechte im Flug-, Bahn- und Busverkehr nutzen.

## 926 **Gerechtigkeit durch Verbraucherschutz**

927 Für viele Verbraucher\*innen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Konsum  
928 jeglicher Art keine Selbstverständlichkeit. Sei es aufgrund mangelnder finanzieller Mittel  
929 oder formaler Bildung, sei es aufgrund von Alter oder Herkunft sind diese verletzlichen  
930 Verbraucher\*innen regelmäßig Opfer vielfältiger Abzocke – ob bei Handyverträgen, Versi-  
931 cherungen oder Konsumentenkrediten. Vor allem sind sie auch häufig von Stromsperrern  
932 betroffen und erhalten keinen Strom für die täglichen Grundbedürfnisse.

933 Den Prepaid-Ansatz, den es regional und in anderen europäischen Staaten bereits gibt,  
934 wollen wir als Instrument zur Vermeidung von Energiearmut etablieren. Flächendeckend  
935 sollen Prepaid-Stromzähler dort eingebaut werden, wo es zu Stromsperrern gekommen ist.  
936 Bei den Stromanbietern können Prepaid-Karten mit einer bestimmten Kilowattmenge er-  
937 standen werden. Durch diese Maßnahmen wird der eigene Stromverbrauch transparenter  
938 und regulierbarer. Stromsperrern können somit leichter vermieden werden.

939 Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode die Arbeit der Verbraucherzentrale NRW  
940 als verlässlichen Partner weiterhin unterstützen und eine langfristige Planungsgrundlage  
941 festschreiben. Hierzu gehören die Fortführung und Weiterentwicklung der mehrjährigen  
942 Finanzierung durch das Land, der weitere Ausbau des Beratungsstellennetzes, die weitere  
943 Schärfung der Profile der einzelnen Beratungsstellen sowie die Förderung neuer Ansätze  
944 wie die Schließung von Beratungslücken durch mobile Beratungsangebote.

## 945 Verbraucherschutz – das wollen wir GRÜNE:

- 946 • Kein Gift in Kleidung, Lebensmitteln und Spielzeug
- 947 • Transparenz – wir wollen wissen, was wir essen
- 948 • Verbandsklagerecht einführen
- 949 • Verletzlichen Verbraucher\*innen eine Stimme geben
- 950 • Beratungsstellennetz der Verbraucherzentrale weiter ausbauen
- 951 • Transparenz und Information bei individuellen Gesundheitsleistungen schaffen.

## 952 Frauen und Gleichstellung

953 Der Einsatz für Gleichberechtigung ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen politischen  
954 Bereichen besondere Relevanz hat. Alle Menschen müssen ihre Rolle in der Gesellschaft  
955 unabhängig vom Geschlecht frei wählen können. Seit 2010 haben wir in NRW viel erreicht.  
956 Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist aber weiterhin eine große  
957 Herausforderung.

958 Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir alle Projekte und Maßnahmen von Be-  
959 ginn an darauf prüfen, wie sie sich auf die Menschen in NRW mit all ihren individuellen  
960 Unterschieden auswirken. Das gilt nicht nur für die unterschiedlichen Ausgangslagen und  
961 Bedarfe der Geschlechter (Gender Mainstreaming), sondern auch mit Blick auf Alter, kul-  
962 turellen Hintergrund oder Herkunft.

963 Dieses Vorgehen macht jedoch Förderprogramm oder Maßnahmen für einzelne Zielgrup-  
964 pen nicht überflüssig – oftmals ergeben sich beispielsweise frauen- oder auch männer-  
965 politische Forderungen und Maßnahmen gerade aus einer vorangegangenen „Gender-  
966 Analyse“.

## 967 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

968 Um die beruflichen Chancen von Frauen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen  
969 in NRW nachhaltig zu fördern und zu verbessern, haben wir in den 16 Arbeitsmarkt-  
970 regionen NRWs jeweils ein Kompetenzzentren Frau und Beruf eingerichtet. Wir haben das  
971 Landesgleichstellungsgesetz novelliert und beim Dienstrechtsmodernisierungsgesetz die  
972 Belange von Frauen stärker in den Fokus gerückt.

973 Im Zuge der bundesweit beachteten Initiative Runder Tisch Prostitution wurden erstmals  
974 auch Sexarbeiter\*innen und Beratungsstellen in Beratungsprozesse auf Landesebene ein-  
975 gebunden. Gemeinsam wird dort ein Handlungskonzept zur Regulierung der Prostitution  
976 erarbeitet. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Prostitution in NRW aus der gesellschaftli-  
977 chen Grauzone herauszuholen und so die Situation der Sexarbeiter\*innen zu verbessern.

978 Gleichzeitig ist es uns gelungen, das Verständnis für Gendermainstreaming als Quer-  
979 schnittsthema auszuweiten. Wir haben die Belange von Frauen und Mädchen vor allem

980 bei Bildungsthemen stärker in den Fokus gerückt. Im Hochschulzukunftsgesetz haben wir  
981 eine Quote eingeführt, um Stellen im wissenschaftlichen Bereich nach dem Kaskadenmo-  
982 dell zu besetzen. Das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ fördert aktiv die  
983 gendersensible Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen.

984 Wir wollen Frauen stärker, insbesondere auch vor sexuell motivierter, Gewalt im öffentli-  
985 chen Raum schützen. Diskriminierende Frauenbilder haben keinen Platz in NRW. Ein wich-  
986 tiges Feld der Frauenpolitik ist leider nach wie vor der Schutz vor Misshandlung, Ausbeu-  
987 tung und Gewalt: Wir haben einen Landesaktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen und  
988 Mädchen erstellt und die vierte Frauenhausstelle wieder eingeführt. Darüber hinaus haben  
989 wir mehr Mittel für die Arbeit mit traumatisierten Kindern und die konzeptionelle Arbeit  
990 im Frauenhausbereich bereitgestellt. Auch für Frauenhäuser mit überdurchschnittlicher  
991 Platzzahl haben wir für eine finanzielle und personelle Entlastung gesorgt. Der Landes-  
992 zuschuss für die Arbeit der Frauenberatungsstellen wurde von 0,5 Stellen auf jeweils 1,5  
993 Stellen aufgestockt und Mittel für eine zweite Mädchenzuflucht bereitgestellt.

994 Wir gewährleisten außerdem für Opfer sexueller Gewalt in einem bundesweit einmaligen  
995 Projekt eine anonyme Spurensicherung, um Täter auch später noch zur Rechenschaft zie-  
996 hen zu können. Denn häufig sind Frauen direkt nach der Tat traumatisiert und nicht in der  
997 Lage, den Täter unmittelbar anzuzeigen. Jetzt können die betroffenen Frauen Spuren si-  
998 chern lassen und später eine Entscheidung über die Erstattung einer Anzeige treffen. Um  
999 die vertrauliche Spurensicherung langfristig sicherzustellen, wollen wir eine entsprechen-  
1000 de Fachstelle einrichten, die Krankenhäuser und niedergelassenen Ärzt\*innen in dieser  
1001 Frage berät und begleitet.

1002 Darüber hinaus unterstützen wir insbesondere traumatisierte geflüchtete Frauen und Mäd-  
1003 chen durch die Förderung niedrigschwelliger Beratungsangebote sowie durch die Schu-  
1004 lung von haupt- und ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingshilfe. Hinzu kommen Psycho-  
1005 therapien durch Traumaambulanzen und spezielle Unterkünfte für geflüchtete Mädchen.  
1006 Diese begonnenen Maßnahmen und Projekte wollen wir fortführen. Außerdem wollen wir,  
1007 dass NRW seinen Beitrag zum Fonds „Sexueller Missbrauch“ leistet.

## 1008 **Arbeitswelt/Gleiche Chancen für Frauen und Männer**

1009 Frauen werden im Durchschnitt bei gleicher und gleichwertiger Arbeit schlechter bezahlt  
1010 und entscheiden sich häufig für typische Frauenberufe, die selten eine leistungsgerechte  
1011 Vergütung und Aufstiegschancen bieten. Hinzu kommt, dass Frauen immer noch eher als  
1012 Männer Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit – häufig aufgrund von Sorgearbeit  
1013 sowie Erziehungs- und Pflegeauszeiten – in Kauf nehmen.

1014 Karrierechancen zu verbessern, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen und Alters-  
1015 diskriminierung abzubauen bleiben unsere übergeordneten Ziele in diesem Bereich. Des-  
1016 halb wollen wir die Kompetenzzentren Frau und Beruf fortführen sowie die geschlechter-  
1017 differenzierte Arbeitsmarktpolitik des Landes ausbauen. Wir setzen uns für ein konsekuen-  
1018 tes Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene ein und wollen in Nordrhein-Westfalen die  
1019 Koordinierungsstelle zu „Equal Pay“ als Unterstützung der kommunalen Gleichstellungs-  
1020 beauftragten fortführen.

1021 Wir wollen beim Ausbau von Prostituiertenberatungsstellen Hilfestellungen vermitteln  
1022 und Selbsthilfeorganisationen unterstützen.

## 1023 **Gewaltschutz/Gewaltschutz als gesamtgesellschaftliche Aufga-** 1024 **be**

1025 Frauen und Mädchen haben ein Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung.  
1026 Trotzdem wird immer noch vielfach Gewalt gegen sie ausgeübt. Viele Opfer zeigen die  
1027 Tat aus Angst oder Scham nicht an und befürchten, nicht ernst genommen zu werden. Wir  
1028 wollen Frauen und Mädchen deshalb ermutigen, jede Form von Gewalt gegen sie und ihre  
1029 sexuelle Selbstbestimmung zur Anzeige zu bringen. Eine Dunkelfeldstudie für NRW soll  
1030 dazu beitragen, Gründe für das niedrige Anzeigeverhalten zu beleuchten und Erkenntnisse  
1031 zu gewinnen, wie der Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequenter entgegen getreten  
1032 werden kann.

1033 Hilfe für Opfer von Gewalt muss selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns des-  
1034 halb weiterhin für die verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern  
1035 und Beratungsstellen ein. Frauenhäuser weiterzuentwickeln, insbesondere in Bezug auf  
1036 die Bedarfe von Gewaltopfern mit Behinderung, ist uns ein wichtiges Anliegen. Darüber  
1037 hinaus wollen wir die Frauenhausinfrastruktur besser mit Jugendhilfe, den Jobcentern und  
1038 den Sozialämtern vernetzen.

1039 Ziel der Landespolitik muss es sein, alle Frauen und Mädchen vor verbaler, physischer und  
1040 psychischer Gewalt wirksam zu schützen. Insbesondere im Internet werden Frauen häu-  
1041 fig mit sexueller Gewalt bedroht und explizit sexuell beleidigt. Wir möchten den Volks-  
1042 verhetzungsparagrafen entsprechend ausweiten und Polizei, Justiz sowie pädagogische  
1043 Fachkräfte im Bereich der Cybergewalt fortbilden. Hierzu gehört auch, dass der Begriff der  
1044 Cyber-Kriminalität auf die Punkte der geschlechterbezogenen Cybergewalt erweitert wer-  
1045 den muss. Es ist uns wichtig, die Medienkompetenz von Jugendlichen zu stärken und z.B.  
1046 Selbstwirksamkeitstrainings auch auf die „Online-Welt“ zu beziehen.

1047 Vom Bund erwarten wir, bundeseinheitlich eine kostenlose Zuflucht in Frauenhäusern für  
1048 jede Frau und ihre Kinder zu gewährleisten. Zudem fordern wir eine umfassende straf-  
1049 rechtliche Ahndung von Gewalt gegen Frauen.

## 1050 **Mädchen**

1051 Die Interessen von Mädchen drohen oftmals zwischen den großen Themenfeldern der  
1052 Frauen- und Gleichstellungspolitik und der Jugendpolitik durch den Rost zu fallen. Wir  
1053 wollen Mädchen mit ihren Interessen und ihren Bedürfnissen sichtbar machen und ernst  
1054 nehmen. Die Arbeit der LAG Mädchenarbeit werden wir weiter stärken und gleichzeitig  
1055 mit den Akteuren der Mädchen-, Jungen- und Genderarbeit eine gendersensible Pädagogik  
1056 weiterentwickeln.

1057 Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeit der pädagogischen Mädchenarbeit, die Mädchen  
1058 eigene Räume bietet, um sich zu entwickeln, auszuprobieren und einen geschützten Rah-  
1059 men für sich zu haben.

1060 Dazu zählt auch der Schutz vor Gewalt. Mädchen erleben nach wie vor geschlechtsspezifische  
1061 Gewalt und brauchen spezielle Angebote der Unterstützung. Mädchenhäuser bieten  
1062 Mädchen und jungen Frauen eine Zuflucht vor Gewalt. Diese Projekte wollen wir weiter  
1063 fördern.

1064 Das zentrale landespolitische Instrument der Jugendförderung in NRW ist der Kinder- und  
1065 Jugendförderplan. Wir fördern eine eigenständige und einmischende Jugendpolitik, die  
1066 die Interessen von Mädchen und Jungen gleichermaßen im Blick hat. Deshalb wollen wir  
1067 das Instrument des Gender-Budgeting modellhaft in diesem Bereich durchführen. Das soll  
1068 auch dafür sorgen, dass der Ansatz des Gender-Budgetings insgesamt weiterentwickelt  
1069 wird.

## 1070 Jungen- und Männerpolitik

1071 Frauen und Männer, Mädchen und Jungen müssen ihre Potentiale unabhängig von ihrer  
1072 Herkunft und auch unabhängig von ihrem Geschlecht entfalten können. Doch Entwick-  
1073 lungsmöglichkeiten werden viel zu oft bereits in der Kindheit und frühen Jugend einge-  
1074 schränkt. Traditionelle Geschlechterrollen verhindern im Lebensverlauf oft Erwerbstätig-  
1075 keit von Müttern und nehmen Vätern die Chance, Familienverantwortung wahrzunehmen.  
1076 Oft fehlen positive Rollenbilder einer anderen, modernen Männlichkeit, die Jungen Orien-  
1077 tierung bieten. Traditionelle Männlichkeitsbilder setzen Jungen unter Druck, reproduzieren  
1078 klassische Rollenverteilungen und verführen Männer zu einem riskanteren Lebensstil.

## 1079 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

1080 Es ist Aufgabe der Politik, stereotype Rollenzuweisungen und sich wandelnde Rollenbilder  
1081 in den Blick zu nehmen. Jungen- und Männerpolitik steht dabei nicht in Konkurrenz zur  
1082 Förderung von Frauen oder zur Mädchenpolitik. Vielmehr ist Jungenarbeit eine geschlech-  
1083 tersensible Perspektive auf die Gesellschaft. Aus diesem Grund haben wir den Boy's Day  
1084 institutionalisiert und ausgebaut und die Mittel für die geschlechtersensible Jugendarbeit  
1085 im Kinder- und Jugendförderplan aufgestockt. Diesen Weg werden wir weitergehen.

## 1086 Bildung/Neue Wege für Jungen in der Bildung

1087 Auch Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten und in Schulen können geschlechter-  
1088 geprägte Rollenmuster verfestigen. Solche Muster verhindern im späteren Leben eine ge-  
1089 zielte Weiterentwicklung der Jugendlichen. Jungen brechen die Schule öfter ab, erreichen  
1090 schlechtere Leistungen und Abschlüsse, sind häufiger schulumüde als Mädchen. Deshalb  
1091 braucht es eine emanzipatorische Erziehung und eine individuelle Förderung, die Stärken  
1092 von Jungen und Mädchen gleichermaßen wertschätzt und fördert.

1093 Daher wollen wir, dass Lehrer\*innen und Erzieher\*innen bereits in der Ausbildung für Gen-  
1094 derfragen sensibilisiert werden. Schulische Lernmittel sind auf Ausgewogenheit und Rol-  
1095 lenmuster bei der Darstellung von Frauen und Männern zu überprüfen und ggf. zu än-  
1096 dern. Um neue Vorbilder zu schaffen, wollen wir mehr geschlechtersensible Männer in

1097 Erziehungs- und Bildungsberufen: mehr Erzieher, mehr Grundschullehrer, mehr Sozialpäd-  
1098 agogen. Wir wollen, dass Jungen selbstbewusst ihren Interessen nachgehen können und  
1099 nicht in tradierte Schemata gedrängt werden. Deswegen fordern wir über die „Boy’s Days“  
1100 hinaus ein geschlechtersensibles Bildungs- und Berufsberatungsangebot.

## 1101 **Institutionelle Förderung/Jungenpolitik fest verankern**

1102 Um Jungenarbeit fest in der nordrhein-westfälischen Politik zu verankern, stärken wir die  
1103 institutionelle Förderung und begleiten Vernetzungsprozesse, beispielsweise über die LAG  
1104 Jungenarbeit und die Fachstelle Jungenarbeit. Zu diesen Prozessen gehört auch eine Qua-  
1105 lifizierung der Mitarbeiter\*innen der Jugendämter und Gleichstellungsstellen in den Kom-  
1106 munen.

1107 Den Kinder- und Jugendförderplan wollen wir im Dialog mit den Trägern und den Fachstel-  
1108 len, geschlechterbezogen weiterentwickeln. Dazu werden wir den Bereich „Mädchen- und  
1109 Jungenarbeit/Gender Mainstreaming“ aufstocken. Doch wir wollen auch eine strukturelle  
1110 und personelle Verankerung von Jungenarbeit über den Bereich der Kinder- und Jugend-  
1111 hilfe hinaus. In diesem Sinne werden wir unter anderem bei den Landesprogrammen zur  
1112 Bekämpfung von Kinderarmut die geschlechterbezogene Perspektive verstärken.

## 1113 **Gleichstellung – das wollen wir GRÜNE:**

- 1114 • Ein geschlechtersensibles Bildungs- und Berufsberatungsangebot
- 1115 • Frauen stärken im Erwerbsleben
- 1116 • Geschlechtersensibilität und Gender Mainstreaming von der Kita bis zur Altenpflege
- 1117 • Mehr Männer in Erziehungs- und Sozialberufen.

## 1118 **Sexuelle Identität und Queerpolitik**

1119 Alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sind, unabhängig von ihrer sexuellen und ge-  
1120 schlechtlichen Identität, Teil unserer Gesellschaft und haben gleiche Rechte. Wir wollen,  
1121 dass queere Menschen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans- und Intersexuel-  
1122 le (LSBTTI) ihr Leben selbstbestimmt und diskriminierungsfrei führen und die Rechte und  
1123 Teilhabechancen in Anspruch nehmen können, die allen zustehen.

## 1124 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1125 Der „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt  
1126 – gegen Homo- und Transphobie“ ist ein großer Erfolg. Erstmals in der Geschichte des  
1127 Landes NRW ist Queerpolitik durch den Aktionsplan zur Querschnittsaufgabe geworden.  
1128 Mehr als 100 Maßnahmen sind seit der Verabschiedung im Jahr 2012 angelaufen, hervor-  
1129 zuheben sind die rechtliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften

1130 im Landesrecht oder die Förderung der Vernetzungs- und Koordinierungsstellen für das  
1131 Projekt „SchLAU – Schwul-Lesbisch-Bi-Trans\*-Aufklärung NRW“.

1132 Durch Förderung verschiedener Koordinierungsstellen mit unterschiedlichen Schwerpunk-  
1133 ten (Schule, Jugend, alte Menschen, Anti-Gewaltarbeit) wurde nicht nur die queere Selbst-  
1134 hilfe gestärkt, sondern auch die fachliche Grundlage erweitert. Der gewachsenen Bera-  
1135 tungsnachfrage von Trans\*Menschen und Regenbogenfamilien haben wir Rechnung ge-  
1136 tragen. Auch die besonderen Belange von LSBTTI-Flüchtlingen berücksichtigen wir bei  
1137 ihrer Unterbringung und Beratung.

1138 Wir unterstützen die erfolgreiche Arbeit der Kampagne „anders und gleich – Nur Respekt  
1139 wirkt“ und wollen sie weiter ausbauen. Die Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebensweisen  
1140 ist ein zentraler Beitrag für eine vielfältige Gesellschaft und zum Abbau von Diskriminie-  
1141 rung.

1142 Es ist uns zudem gelungen, erfolgreich Druck auf die Bundesregierung auszuüben: Nicht  
1143 zuletzt auf Initiative von NRW werden die Opfer des §175 StBG endlich rehabilitiert. Doch  
1144 noch immer ist es ein weiter Weg zur rechtliche Gleichstellung auf allen Ebenen. Dies  
1145 gilt insbesondere für die Öffnung der Ehe und die Anpassung des Adoptionsrechts an die  
1146 gesellschaftliche Wirklichkeit.

## 1147 Respekt wirkt

1148 Wir wollen den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlecht-  
1149 licher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ verstetigen und die damit verbundenen  
1150 Projekte ebenso wie die herausragende Arbeit von den LSBTTI-Verbänden und Selbsthil-  
1151 fegruppe weiterhin finanziell unterstützen. Zudem gilt es, den Aktionsplan weiter in die  
1152 Fläche zu tragen, insbesondere den ländlichen Raum verstärkt in den Fokus zu nehmen  
1153 und zu prüfen, ob die Interessen weiterer Gruppen Berücksichtigung finden müssen.

1154 Wir setzen uns zudem für eine Novellierung des Transsexuellengesetzes ein: Trans\*  
1155 Personen dürfen nicht weiter bevormundet werden. Sie sind Teil der Realität und keines-  
1156 wegs ein Fehler der Natur. Dies gehört politisch anerkannt, durch die Abschaffung der  
1157 zwingenden Zweigeschlechtlichkeit in offiziellen Dokumenten. NRW ist bereits auf einem  
1158 guten Weg. Derzeit gründet sich das Netzwerk Trans\*, dass die Interessen der verschiede-  
1159 nen Organisationen bündelt. Um die Zusammenarbeit zu verbessern, wird es zukünftig ei-  
1160 ne Koordinierungsstelle brauchen, die Projekte vor Ort unterstützt, aber auch als Multipli-  
1161 katorenstelle fungieren kann. Zudem planen wir eine eigene psychosoziale Beratungsstel-  
1162 le und fordern einen interdisziplinären Qualitätszirkel der Kassenärztlichen Vereinigungen  
1163 in NRW, um die Trans\*personen besser zu behandeln und standardisierte Vorgehensweisen  
1164 zu entwickeln.

1165 Auch intersexuelle Menschen leiden unter der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit. Durch  
1166 gezielte Öffentlichkeitsarbeit wollen wir zur Enttabuisierung des Themas und zur Sensibi-  
1167 lisierung beitragen und z.B. das Internetportal des Vereins Intersexuelle Menschen weiter  
1168 fördern. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Ratsuchende und insbesondere Eltern inter-  
1169 sexueller Kinder schnellstmöglich wohnortnahe Hilfe sowie qualifizierte Beratung finden.

1170 Entsprechende Informations- und Beratungsangebote wollen wir auch zukünftig fördern,  
1171 um die Lebenssituation von intersexuellen Menschen zu verbessern.

1172 Alltäglich sind queere Menschen mit Vorurteilen, Anfeindungen, Diskriminierungen und  
1173 auch Gewalt konfrontiert. Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft mit Leben  
1174 zu füllen bedeutet, sich mit den bestehenden Diskriminierungen auseinanderzusetzen und  
1175 aktiv dafür einzusetzen, sie abzubauen. Daher wollen wir ein Landesantidiskriminierungs-  
1176 gesetz verabschieden und eine Antidiskriminierungsstelle einrichten, die als unabhängige  
1177 Anlaufstelle für Opfer aber auch strukturelle Diskriminierungen in NRW offenlegen und  
1178 dokumentieren muss.

1179 Queere Menschen, die aus Not und Angst um ihr Leben zu uns fliehen, müssen mit beson-  
1180 derer Sensibilität behandelt werden. Das gilt für die individuelle Betreuung und soziale  
1181 Beratung ebenso wie für die Unterbringung, die optimal dezentral erfolgen soll. Die An-  
1182 bindungsmöglichkeit und vorhandene Unterstützungsstrukturen durch LSBTTI-Verbände,  
1183 Selbsthilfegruppen und Community sind unbedingt notwendig.

1184 Immer mehr Jugendliche leben selbstverständlicher und selbstbewusster ihre Identität,  
1185 fordern aber immer noch dass sie dies in einer gewalt- und diskriminierungsfreien Gesell-  
1186 schaft leben dürfen. Denn insbesondere für Jugendliche stellt ein Coming-Out noch immer  
1187 eine besondere Belastung dar. Nicht selten machen sie die Erfahrung, sich als „anders als  
1188 die Anderen“ wahrzunehmen, aber auch real Ablehnung und Diskriminierung zu erfahren.  
1189 Vor allem in der Schule werden LSBTTI-Jugendliche häufig gemobbt. Wir wollen Jugend-  
1190 liche in ihrem Prozess der sexuellen und geschlechtlichen Identitätsfindung unterstützen.  
1191 Wir wollen die LSBTTI-Jugendarbeit weiter fördern und stärken. Vor allem in der Schule  
1192 wollen wir die Aufklärung über unterschiedliche Lebensweisen und Identitäten verstär-  
1193 ken. Dazu gehört die weitere Unterstützung des Aufklärungsprojektes SCHLAU genauso  
1194 wie eine verstärkte Einbeziehung von LSBTTI-Themen in Unterricht und Unterrichtsmate-  
1195 rialien.

## 1196 **Unrecht aufarbeiten – Opfer entschädigen**

1197 Neben dem Blick in die Zukunft ist auch eine Anerkennung der Vergangenheit wichtig:  
1198 Lange Zeit wurden queere Menschen nicht akzeptiert, zum Teil sogar verfolgt. Deshalb  
1199 muss die nordrhein-westfälische Geschichte der Homosexuellen-Verfolgung aufgearbeitet  
1200 werden. Wir werden nicht nur die Geschichte derjenigen betrachten, die Opfer der Verfol-  
1201 gung durch den §175 StGB geworden sind, sondern alle unterschiedlichen Opfergruppen  
1202 in den Blick nehmen. In diesem Sinne wollen wir auch das geplante „Landeskonzept Er-  
1203 innerungskultur“ um den Aspekt „Diversity“ erweitern. Dazu soll ein Beteiligungsprozess  
1204 mit den unterschiedlichen Akteur\*innen, wie z.B. den Gedenkstätten, dem Bund Deutscher  
1205 Kriegsgräberfürsorge, der ARCUS Stiftung, aber auch dem Zentrum für schwule Geschichte  
1206 und den Frauengeschichtsvereinen stattfinden.



## 1207 Sexuelle Identität und Queerpolitik – das wollen wir GRÜNE:

- 1208 • Den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher  
1209 Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ ausweiten und konsequent umsetzen
- 1210 • LSBTTI-Selbstorganisationen stärken
- 1211 • Ein Landesantidiskriminierungsgesetz verabschieden und eine Landesantidiskrimi-  
1212 nierungsstelle nach Bundesvorbild einrichten
- 1213 • Queere Geflüchtete unterstützen
- 1214 • Aufarbeitung von Verfolgung und Ächtung von LSBTTI in der Bundesrepublik.

## 1215 Religion und Weltanschauungen im säkularen Staat

1216 Wir GRÜNE arbeiten für ein Land, in dem Menschen unterschiedlicher religiöser Überzeu-  
1217 gungen und solche, die keiner Religion zugehörig sind, friedlich und gleichberechtigt zu-  
1218 sammen leben können. In Nordrhein-Westfalen gehören rund drei Viertel aller Menschen  
1219 einer Religionsgemeinschaft an oder partizipieren an einer religiösen Gemeinschaft, ein  
1220 Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ist konfessionell nicht gebunden oder  
1221 konfessionsfrei. Die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit ist die Freiheit und das  
1222 Recht, einen Glauben oder eine Weltanschauung zu haben, zu pflegen, auszuüben und  
1223 sich in Gemeinschaften zusammenzuschließen, wie auch die Freiheit und das Recht, kei-  
1224 nen Glauben oder keine Weltanschauung zu haben, zu pflegen und auszuüben.

1225 Weltanschauung und Religion sind wichtige Elemente im Leben vieler Menschen in  
1226 Nordrhein-Westfalen. Dabei beeinflussen sie nicht nur das individuelle Leben der Einzel-  
1227 nen, sondern wirken über diese und über die Religions- und Weltanschauungsgemein-  
1228 schaften als organisierte Akteure in die Gesellschaft hinein. Sie leisten dabei einen wich-  
1229 tigen Beitrag für das Zusammenleben in unserem Land. Gerade in der Asylpolitik oder beim  
1230 Eintreten für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Menschenwürde und den Schutz un-  
1231 serer natürlichen Lebensgrundlagen erleben wir großes Engagement.

1232 Der säkulare Staat muss den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gegenüber  
1233 neutral sein und organisatorisch prinzipiell von ihnen getrennt. Angesichts einer zuneh-  
1234 menden Ausdifferenzierung der Gesellschaft auch in Religions- und Weltanschauungsfr-  
1235 agen treten wir GRÜNE für eine stärkere Entflechtung von Religionsgemeinschaften und  
1236 Staat ein. Gleichzeitig kooperiert NRW in vielfacher Weise mit Religions- und Weltanschau-  
1237 ungsgemeinschaften und ermöglicht so eine Vielfalt öffentlicher Angebote.

1238 Wir GRÜNE verstehen die Entwicklung zu einer multikulturellen und multireligiösen Ge-  
1239 sellschaft als Chance und zugleich als Herausforderung. Nur durch Dialog und Kompromiss  
1240 kann diese Vielfalt gestaltet werden. Grundlage dafür ist das Grundgesetz, das für alle gilt,  
1241 die hier leben und hier leben wollen. Religions- und Weltanschauungspolitik muss auf die  
1242 veränderte Wirklichkeit der religiösen Landschaft antworten, aber auch all diejenigen be-  
1243 rücksichtigen, die sich als religions- und weltanschauungsfrei betrachten.

## 1244 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1245 Der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit im religiösen Bereich tragen wir  
1246 auch damit Rechnung, dass es seit 2015 leichter ist, staatliche Grundschulen, die kon-  
1247 fessionell gebunden sind (Bekenntnisgrundschulen) in Gemeinschaftsgrundschulen um-  
1248 zuwandeln, wenn dies dem Wunsch einer Mehrheit der Eltern entspricht. Der Beschluss  
1249 ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Schüler\*innen unterschiedli-  
1250 cher religiöser Prägung und solcher ohne Religionszugehörigkeit. Trotzdem bleiben wir  
1251 Grüne dabei: Die Gemeinschaftsgrundschule ist die Schule für alle Kinder. Sie bietet kon-  
1252 fessionellen Religionsunterricht an, den wir durch das Philosophieren für Kinder ergänzen  
1253 wollen für alle, die keinen Religionsunterricht wählen. Eine Grundschule, die konfessionell  
1254 separiert, muss überwunden werden. Dazu streben wir weiterhin eine Verfassungsände-  
1255 rung an.

1256 Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen. Wir haben Muslim\*innen in Nordrhein-  
1257 Westfalen gleiche Rechte gewährt, indem wir den Islamischen Religionsunterricht ein-  
1258 geführt und das Bestattungsgesetz geändert haben. Darüber hinaus wollen wir die is-  
1259 lamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Gefängnissen  
1260 gewährleisten. Die islamischen Verbände sind derzeit als Religionsgemeinschaften nicht  
1261 anerkannt, da sie nicht bekenntnisförmig organisiert, sondern politisch und national ge-  
1262 prägt sind. NRW hat einen Beirat für den islamischen Religionsunterricht eingerichtet, der  
1263 paritätisch mit Vertreter\*innen des Schulministeriums und der islamischen Verbände be-  
1264 setzt ist. Es gibt keine exklusiven Verträge mit einem islamischen Verband, der Lehrplan  
1265 wird vom Land NRW erlassen.

## 1266 **Grundrechte, Vielfalt und gegenseitiger Respekt**

1267 Voraussetzung für eine Kooperation zwischen Religions- und Weltanschauungsgemein-  
1268 schaften und dem Staat ist die Anerkennung der fundamentalen Verfassungsgüter, der  
1269 Grundrechte Dritter sowie der Grundprinzipien des freiheitlichen Religionsverfassungs-  
1270 rechts. Von allen Gemeinschaften, die in Kooperation mit dem Staat sind oder treten  
1271 wollen, erwarten wir, dass sie die positive und negative Religions- und Weltanschau-  
1272 ungsfreiheit umfassend anerkennen, dass sie die Gleichheit von Frauen und Männern, die  
1273 Rechte von Minderheiten und die Rechte von Menschen, die ihr Selbstbestimmungsrecht  
1274 nicht oder nur bedingt wahrnehmen können, ebenso achten wie demokratische Willensbil-  
1275 dungsprozesse. Wir erwarten, dass sie alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeind-  
1276 lichkeit, einschließlich Homophobie, Antisemitismus und Islamophobie, nirgends dulden.  
1277 Ebenso erwarten wir von allen die Wahrung der Meinungsfreiheit und das Zulassen von  
1278 Kritik an religiösen Lehren, Praktiken und Traditionen. Politische, ethische oder religiöse  
1279 Fragestellungen sind in einer freien Gesellschaft Gegenstand permanenten öffentlichen  
1280 Diskurses.

1281 Zur Religionsfreiheit gehört auch, sich ohne Hindernisse dafür entscheiden zu können,  
1282 einer Religion nicht mehr anzugehören oder an einer Tradition nicht teilhaben zu wollen.  
1283 Deshalb werden wir die Kirchenaustrittsgebühren abschaffen.

## 1284 Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen

- 1285 1. Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen wird auf der  
1286 Grundlage von Verfassungs- und Landesrecht bekenntnisorientierter islamischer Re-  
1287 ligionsunterricht angeboten. Deshalb gewährleisten wir die wissenschaftliche Aus-  
1288 bildung der Lehrkräfte an deutschen Universitäten und Ausbildung des Lehrperso-  
1289 nals, die nach in NRW zugelassen Lehrplänen unterrichten. Neben einem weiteren  
1290 Lehrstuhl in Islamischer Theologie sollte auch ein Lehrstuhl in Alevitischer Theolo-  
1291 gie eingerichtet werden.
- 1292 2.
- 1293 3. Wir GRÜNE begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des  
1294 Kopftuchverbots an Schulen, weil es ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Anerken-  
1295 nung der Pluralität unserer Gesellschaft ist. Es kommt nicht darauf an, was Menschen  
1296 auf dem Kopf tragen, sondern was in den Köpfen vorgeht. Deshalb haben wir ein neu-  
1297 es verfassungskonformes Schulgesetz gestaltet, das sich gegen jede Indoktrinierung  
1298 von Schüler\*innen richtet, sei sie politisch oder religiös.

## 1299 Kirchliches Arbeitsrecht

1300 Grundrechte wie die individuelle Religionsfreiheit, das Recht auf freie Entfaltung der Per-  
1301 sönlichkeit, das Recht auf Privat- und Familienleben sowie diskriminierungsfreier Zugang,  
1302 Durchführung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen können im Konflikt ste-  
1303 hen mit dem Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der Kirchen als Träger von Be-  
1304 trieben in kirchlicher Trägerschaft.

1305 Das kirchliche Arbeitsrecht befindet sich in einer Legitimationskrise. Daran ändert auch  
1306 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Ende 2014 nichts. Auch wenn die Rechtspre-  
1307 chung den Dritten Weg grundsätzlich stützt, erweist er sich in der Praxis immer wieder als  
1308 nicht akzeptabel. Es ist nicht hinnehmbar, dass Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen  
1309 wie Krankenhäusern oder Kindertageseinrichtungen wegen ihres Privatlebens diskrimi-  
1310 niert oder gar gekündigt werden können oder kein Streikrecht haben. Wir GRÜNE unter-  
1311 stützen deshalb gerade auch die innerkirchlichen Stimmen, die das deutlich machen.

1312 Durch Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (§ 9 AGG) und der arbeits-  
1313 rechtlichen Antidiskriminierungsrichtlinie wollen wir die Ausnahmen für die Religions- und  
1314 Weltanschauungsgemeinschaften auf den Bereich der Verkündigung beschränken und da-  
1315 mit den individuellen Rechten Geltung verschaffen.

1316 Wir plädieren zudem für einen branchenweiten Tarifvertrag, der allen Anbietern im So-  
1317 zialsektor gleiche Eintrittsbedingungen sichert und den Verdrängungswettbewerb über  
1318 Lohnkosten reduziert. Wir GRÜNE sind zudem der Meinung: Das Streikrecht ist ein so-  
1319 ziales Grundrecht, das mit dem Tendenzschutz und dem kirchlichen Selbstordnungs- und  
1320 Selbstverwaltungsrecht vereinbar ist. Wir wollen zudem, dass das Betriebsverfassungsgesetz  
1321 auch im kirchlichen Sektor Anwendung findet. Die Option der kirchlichen Mitarbei-  
1322 tervertretung wollen wir erhalten, da sie über die bisherigen Regelungen des Betriebsver-  
1323 fassungsgesetzes sogar hinausgeht.

## 1324 Sonn- und Feiertage

1325 Gesetzliche Feiertage sind vom Grundsatz her, ebenso wie Sonntage, Tage der Arbeitsruhe,  
 1326 die der Erholung sowie des familiären und sozialen Miteinanders dienen. Diese kollektiv  
 1327 freien Tage sind in der Bevölkerung in der Regel allgemein akzeptiert. Dabei spielt es kei-  
 1328 ne Rolle, welche Bedeutung subjektiv der religiösen Sinngebung den einzelnen Feiertage  
 1329 beigemessen wird. Wir setzen uns daher vor allem aus kulturellen, sozialen und arbeits-  
 1330 ethischen Gründen für den Schutz von Sonn- und Feiertagen ein. Es muss Zeiten geben  
 1331 für Familie und Freund\*innen, für religiöse oder weltanschauliche Praxis, für Sport, Frei-  
 1332 zeit und Kulturveranstaltungen oder ehrenamtliches Engagement. Deswegen haben wir  
 1333 bei der Novelle des NRW-Ladenöffnungsgesetzes auch den Arbeitsschutz an Sonn- und  
 1334 Feiertagen ausgeweitet.

1335 Auch das NRW-Feiertagsgesetz muss der Pluralität der Gesellschaft Rechnung tragen. Es  
 1336 geht darum, einen respektablen Ausgleich der Rücksichtnahme auf religiöse Praxis auf  
 1337 der einen und der individuellen Freiheit auf der anderen Seite zu schaffen. Deswegen  
 1338 plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen Feiertagen“ bisher  
 1339 bestehende, generelle Verbote von Kultur- und Tanzveranstaltungen überwindet.

## 1340 Ablösung der Staatsleistungen

1341 Wir GRÜNE wollen den Verfassungsauftrag zur Ablösung der altrechtlichen Staatsleistun-  
 1342 gen an die großen christlichen Kirchen umsetzen. Als laufende Entschädigungszahlung  
 1343 für die Säkularisierung kirchlichen Eigentums Anfang des 19. Jahrhunderts stellen sie ei-  
 1344 ne dauerhafte Verflechtung staatlicher und kirchlicher Finanzen dar. Diesen Weg zur Ab-  
 1345 lösung der Staatsleistung wollen wir im Dialog mit den Kirchen vorbereiten. Hierzu ist  
 1346 zunächst die staatliche Seite gefragt, als Auftakt für den gemeinsamen Prozess Vorschlä-  
 1347 ge zu entwickeln und bundesgesetzlich die Grundsätze hierfür aufzustellen. Unabhängig  
 1348 von der bundesgesetzlichen Regelung wollen wir mit den Kirchen Verhandlungen auf-  
 1349 nehmen, wie durch landesrechtliche Lösungen die Ablösung der Staatsleistungen weiter  
 1350 vorangetrieben werden kann, wie uns das bei der Auflösung der Schul- und Studienfonds  
 1351 schon gelungen ist.

## 1352 Das wollen wir GRÜNE:

1. 1353 a)  gleiche Rechte für Menschen jedweder religiösen oder weltanschaulichen Überzeu-  
 1354 gung oder ohne solche Überzeugungen
  - 1355 • die Rechte von Arbeitnehmer\*innen in kirchlichen Einrichtungen stärken
  - 1356 • die Kirchengeldbeiträge abschaffen
  - 1357 • eine Novelle des Feiertagsgesetzes
  - 1358 • altrechtliche Staatsleistungen ablösen.

**Antragsteller\*innen**

Landesvorstand